

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Postgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelleile 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg. Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelleile 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatpersonen 10. Spalte, Kolonelleile mit 50% Nachlag. Reklamespalte 2 Mk. Inzerate v. ausw.: die 10. Spalte, Kolonelleile 40 Pfg. bei Platzvorrat 50 Pfg., Reklamespalte 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Auszüge, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Die Genfer Verhandlungen.

Man hofft, sich noch zu verständigen.

SPD Genf, 8. Dezember.
Die Meldungen von französischer Seite, daß die Beratungen der juristischen und militärischen Sachverständigen sich darauf beziehen, das entmilitarisierte Rheinland von der allgemeinen Investitionsregelung herauszunehmen, und besonders zu gestalten, bestärken sich im wesentlichen. Man rechnet damit, sich noch in dieser Ratsagung über die endgültige Zurückziehung der bisherigen Militärkontrollkommission sowie über die Annahme des teilweise abgeänderten und teilweise durch gegenseitige Erklärungen ergänzten Investitionsplanes von 1924 durch Deutschland zu verständigen. Da die „ständigen Elemente“ immer nur für die entmilitarisierte Zone gebüht waren, so scheiden sie für das übrige Deutschland damit aus. Ueber die besondere Militärkontrolle für das Rheinland hofft man bis zum Ende der Tagung des Völkerbundesrates, das für Sonnabend erwartet wird, sich in einer allgemeinen Erklärung zu verständigen. Die weiteren Einzelberatungen des Plankomitees werden, vielleicht in einer besonderen Konferenz, fortgesetzt werden.

Inhaltlich würde die Investitionsregelung für das Rheinland ein Zulassabkommen zum Locarno-Rheinpakt darstellen. Von deutscher Seite wird dabei vor allem an der Bedingung festgehalten, daß die Militärkontrolle des Rheinlandes höchstens so lange dauern darf, als die militärische Belastung des Friedensvertrages läuft, d. h. bis 1935. Demgegenüber wird von französischer Seite darauf hingewiesen, daß die Stellung des Rheinlandes von vier Faktoren bestimmt werde:

1. durch Artikel 213 des Friedensvertrages, der von keinem Unterchied der Investition für das Rheinland und das übrige Deutschland spricht; 2. durch die Tatsache, daß die militärische Belastung nur bis 1935 dauern darf, zwei Punkte, auf die sich Deutschland stützt; 3. durch die andere Tatsache, daß die Entmilitarisierung des Rheinlandes diesem einen besonderen Charakter gibt und 4. durch die Tatsache, daß durch den Locarno-Rheinpakt die besondere Lage des Rheinlandes ebenfalls besonders geregelt sei.

SPD Genf, 9. Dezember.

Es ist damit zu rechnen, daß der Völkerbundsrat am Sonnabend den Investitionsplan und damit das Ende der interalliierten Kontrollkommission in Berlin zum 15. Januar 1927 beschließen wird. Mit der Sonnabendssitzung dürfte dann die diesmalige Session des Völkerbundes enden.

Heute Botschafterkonferenz.

SPD Paris, 8. Dezember.

Der Generalsekretär der Botschafterkonferenz Maffigli wird für Donnerstag morgen in Paris zurück erwartet. Für Nachmittags ist eine Sitzung der Botschafterkonferenz anberaumt. In einer amtlichen Auslassung betont der „Temps“, daß die Botschafterkonferenz in dieser Sitzung von den letzten Berichten über den Stand der deutschen Entschlossenheit und von den Berichten über die von der Reichsregierung in den Punkten, in denen die Botschafterkonferenz sich noch nicht befriedigt zeigte, angeordneten Maßnahmen Kenntnis nehmen wird. Wenn der Botschafterkonferenz diese Berichte günstig erscheinen, werde sie ein Datum für die Zurückziehung der interalliierten Kontrollkommission festsetzen.

Nach dem „Intranseant“ wird die Botschafterkonferenz, falls es in Genf zu einer Einigung kommen sollte, vielleicht noch vor Ende dieser Woche die Abberufung der Kontrollkommission aus Deutschland verfügen; deren Vollmacht würden dann sofort an den französischen General Deffler, den Vorsitzenden der Investitionskommission des Völkerbundes, übergehen.

Der Völkerbundsrat.

Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz.

SPD Genf, 8. Dezember.

In der öffentlichen Sitzung des Völkerbundesrates stand am Mittwochnachmittag die Entscheidung zur Behandlung, die die Völkerbundsversammlung über die Empfehlung des Schiedsgerichtsverfahrens einschließlich der Hauptgrundzüge der Locarno-Verträge an sämtliche Mitglieder des Völkerbundes gefaßt hatte. Die Entscheidung wurde genehmigt. Auch die zwei Berichte über die Vorbereitungen der Abrüstungskonferenz und die hierzu gestellten Anträge Finnlands, Frankreichs und Polens wurden genehmigt. Chamberlain, Scialoja und Jhli äußerten sich in bezug auf den Zeitpunkt der Einberufung der Abrüstungskonferenz dahin, eine gründliche Vorbereitung sei wichtiger als übertriebene Eile. Paul-Boncour gab das zu, wies jedoch darauf hin, daß die bisherigen Vorbereitungen bereits große Fortschritte gemacht haben. In der Entscheidung über die Anträge der drei Länder werden die anlässlich der Tagung des Ratsausschusses für die Abrüstung zustandekommenen Sonderstudien dem Völkerbundssekretariat und den verschiedenen Abteilungen des Völkerbundes überwiesen. Dabei wiesen von Karnebeck, Titulescu, Chamberlain und Benech auf die große Bedeutung des Berichts von de Broedere zum Art. 11 des Völkerbundsstatutes hin. Scialoja warnte davor, sich auf bestimmte Auslegungen des Völkerbundsstatutes festzuliegen. Das Finanzkomitee hat am Mittwoch mit der Genehmigung des Danziger Anleiheplans seine Arbeiten beendet.

II. Genf, 8. Dezember.

Der Völkerbundsrat hat heute nachmittag auf Grund eines Berichtes des Generalsekretärs des Völkerbundes über die bisherigen Erklärungen bei den internationalen Konferenzen auf Vorschlag Chamberlains beschlossen, die Weltwirtschaftskonferenz zum 4. Mai 1927 nach Genf einzuberufen. Zum Präsidenten der Konferenz wurde der frühere belgische Finanzminister Theunis ernannt.

Der Termin der „Abrüstungskonferenz“ bleibt dann also zwecks „gründlicher Vorbereitung“ auf unbestimmt vertagt. Was vorauszu sehen war.

Politik nach Auswahl.

In Genf, Paris und Berlin wird eifrig verhandelt. Hinter jenen Kulissen, die fest und erschütterlich die Arbeit der Diplomaten schirmen, trotz Völkerbund und Abrüstung. Die eigentliche Arbeit des Völkerbundesrates ist diesmal recht langweilig; die Verhandlungen über die Aufhebung der Militärkontrollkommission, die interessanter. Zwar kommt kaum ein Wort an die Öffentlichkeit, das nicht schon bekannt wäre doch die Leser der Zeitungen wollen lesen und die Zeitungen haben zu schreiben und der „Demokratische Zeitungsdiener“ hilft. Am 8. Dezember bringt er über die Kontrollverhandlungen zwei Artikel. Der eine beginnt:

„Nach den Auffassungen in Berliner unterrichteten Kreisen wird der Eindruck der an verschiedenen Stellen geführten Verhandlungen über die Kontrollfrage als im allgemeinen günstig bezeichnet.“

In dem anderen Artikel heißt es: „Die Verhandlungen über Militärkontrollen, Abrüstung und militärische Völkerbundsaufricht komplizieren sich rein äußerlich immer mehr. ... Es scheint, daß der Endkampf erst auf der Märztagung des Rates ausgekämpft werden wird.“

Da kann man sich halt eins aussuchen.

Die Maste nieder!

Eine Untersuchung über Mussolinis Arbeit.

SPD London, 9. Dezember. (Radio.)

In London haben die italienischen Emigranten eine Kommission gebildet, die auf Grund ihres Beweismaterials einen Aufruf veröffentlichte. Auf Grund authentischer und unwiderlegbarer Urkunden sollen alle auf Anordnung Mussolinis begangenen Provokationen enthüllt werden, die den Vorwand für faschistische Kriegsabenteuer im Auslande geben sollten. Die Reihe dieser Verbrechen geht von der den griechischen Staatsbürgern zugefügten Ermordung des Generals Tolkini in Albanien, die den Vorwand zur Besetzung Korfu's lieferte, bis zur Tätigkeit Garibaldi's in Frankreich, die er in vollem Einverständnis mit den Handlangern Mussolinis ausübte. Man hat heute sichere Beweise dafür, daß es nicht Griechen waren, die den italienischen General ermordet haben. Es soll weiter hingewiesen werden auf die riesigen Ausgaben des Faschismus in Europa und Amerika, um Zeitungen zu besetzen, welche Arbeit ein Unterstaatssekretär leistet und aus Steuergeldern bestreitet.

Sodann gibt es, die Wahrheit über die angeblichen Attentate auf Mussolini zu enthüllen, die der Vorwand zu blutigem Terror und zur völligen Unterwerfung der Freiheit gewesen sind. Aus den Dokumenten geht einwandfrei hervor, daß einige dieser Attentate, wie das Zambonis, der im Einvernehmen mit

dem Vöspitel Garibaldi stand, von der Polizei konstruiert wurde. Andere Attentate, wie das letzte des fünfzehnjährigen Zamboni, hat die Polizei vorbereitet. Die Kommission wird eine Statistik aller von den Faschisten begangenen Mord- und Gewalttaten aufstellen, denen weder ein Prozeß noch eine strafrechtliche Untersuchung gefolgt ist, und wenn doch, so nur zur Vertuschung.

Außerdem sammelt die Kommission alle Beweise für die Tätigkeit Mussolinis vor seinem Amtsantritt, über seine Beziehungen zu den Bombenwerfern und vor allem zu verschiedenen anarchistischen Attentaten, die er selbst begangen haben dürfte und unter denen die Sendung einer Bombe an den Kardinal-Erzbischof von Mailand im Jahre 1919 eine große Rolle spielt. Die Kommission ist bereits im Besitz einer großen Anzahl von Dokumenten, wird mit diesen aber erst an die Öffentlichkeit treten, wenn ihre Arbeit vervollständigt und völlig unwiderleglich geworden ist.

Nun wird's gehen.

SPD Rom, 9. Dezember. (Radio.)

Der italienische Ministerrat nahm den Gesetzentwurf einer Verfügung an, in der das Viktorenbandel, das Abzeichen des Faschismus, dem staatlichen Hoheitszeichen gleichgestellt wird.

„Ganz wie beim Zaren“.

Unter den Ausnahmegeetzen Mussolinis.

(Von unserem italienischen Mitarbeiter.)

Mit Ausnahmegeetzen ist bekanntlich leicht zu regieren. Sie sind auf die Figur des Einzelalles gearbeitet und sollten also gut sitzen. Die heutigen italienischen Ausnahmegeetze sollen aber einen doppelten Zweck erfüllen, und es ist nicht ausgemacht, daß sie dieser ihrer zweifachen Aufgabe wirklich entsprechen. Einmal sollen sie die Opposition in jeder Form und Ausprägung austrotten, was eigentlich dadurch erleichtert sein sollte, daß ja bekanntlich diese Opposition seit langem tot, verweist, von der faschistischen Ferse zermalmt, als Lagerstreu für die Schwarzhemden verarbeitet ist. Dann sollen die Ausnahmegeetze in ihrer staatlichen Härte und Unerbittlichkeit ein Surrogat für die faschistische Gewalttätigkeit bieten. Die Regierung wendet sich durch diese Geetze an ihre Schwarzhemden, um denen zu sagen: ihr braucht nicht mehr die Widerfacher totzuschlagen, das wird jetzt von Geetzes wegen besorgt; ihr braucht ihnen nicht mehr Werkstätte und Wohnung zu verwüsten und zu plündern, das macht die Regierung durch staatliche Einziehung des Besitzes.

Das klingt einleuchtend und praktisch. Wer aber die Treibjagd gegen die Opposition in diesen Novembertagen mit erlebt hat, für die das Falaki von Bologna das Zeichen gab, der ist sehr skeptisch in bezug auf die Ausrüstung der privaten faschistischen Gewalttat. Diese ist heutzutage schon eine „süße Gewohnheit“ geworden. In ihr tobt sich die beständig verherlichte und aufgepeitschte Roheit strafflos aus; durch sie lösen sich gelegentlich wichtige wirtschaftliche Existenzfragen einzelner Teilnehmer. Wer nur einmal gesehen hat, was wir bei der Verwüstung der Wohnung eines kommunistischen Abgeordneten sahen, nämlich das zart-behutsame Aufstehen einer Schreibmaschine auf eine zu ihrem Empfang bereit gehaltene Droschke, der begreift ein für allemal, daß die staatlichen Surrogate für solche „Entstärkungsausbrüche“ geringe Chancen haben, sich durchzusetzen. Es droht vielmehr etwas ganz anderes. Die jetzt gefällig gegen jeden Nicht-Faschisten erlaubte Gewalt, die von der polizeilichen Verschickung zur Beschlagnahme des Besitzes und zum Zwangsdomicil reicht, wird bis zur Sättigung durchdränkt werden mit privaten Zwecken, privater Raublust, privater Gier und privatem Reide. Offiziell heißt es, daß die Ausnahmegeetze dem Lande den Frieden bringen werden, weil nunmehr die Regierung die strafen kann, die sich an dem Regime, also an dem Vaterlande veründigen. In Wirklichkeit sind aber die Geetze so beschaffen, daß sie für alle Interessen und Begierden der Angehörigen der herrschenden Partei durchlässig sein werden. Und wenn die Regierung wirklich durch sie den Standa hat aus der Welt schaffen wollen, daß jedes Attentat den Faschisten eine strafrechtliche Schonzeit eröffnet, während der sie jenseits des Strafrechts ihre Geschäfte und Handel ordnen können, so wird sie nunmehr erleben, daß diese Geschäfte und Handel unter dem Deckmantel und mit der Hilfe der neuen Ausnahmegeetze ausgetragen werden. Nach außen mag das weniger skandalös wirken. Aber in diesem Falle ist in dem vierjährigen Kampf zwischen Bandenwesen und Gesetzlichkeit eben doch das Bandenwesen Sieger geblieben, denn es hat das Gesetz zum Handlanger und Werkzeug seines Geistes gemacht.

Und dieser Ausgang ist durchaus logisch. In vier Jahren hat sich der Faschismus als Regime nicht soweit festigen können, um der außergerichtlichen Gewalt zu entraten. Heute, wo er soweit zu sein glaubt, ist ihm diese Gewalt über den Kopf gewachsen. Sie wird abgedankt, aber sie geht nicht. Und so sucht die Regierung sie zu besänftigen und zu entschädigen: Offiziere eurer Miliz sollen die Nicht-Faschisten zum Tode verurteilen; Soldaten eurer Miliz sollen sie totschlehen; an den Grenzen soll ihr Wacht halten und alles niederfallen, was euch verdächtig scheint; ihr sollt die Polizei bilden, die in jedes Haus, in jeden Arbeitsraum, in jedes Schlafzimmer dringen kann; ihr sollt alles sein, Ankläger, Zeugen, Richter und Urteilsvollstrecker; der beschlagnahmte Besitz der Besetzten wird durch hundert unsichtbare Rinnen in eure Taschen fließen. Nur sollt ihr nicht mehr sengen und brennen und prügeln und totschlagen und plündern und wegschleppen vor aller Augen, denn das macht im Ausland einen schlechten Eindruck, und es gibt sogar Faschisten, die sich dessen schämen.

Die Ausnahmegeetze entbehren all der Rechtsgarantien, die ein Kulturland seinen Bürgern bietet. Für das Sondergericht, das zum Tode verurteilt wird, ist sogar jene Berufung wegen formeller Fehler anzuheben die die Verfassung dem italienischen Bürger bei jedem Urteil verbürgt. Am dem Nicht-Faschisten seine rechtliche Minderwertigkeit vor Augen zu führen, wird selbst der Schein der Unparteilichkeit vertrieben. Ob ein beliebiger bisher unbefehlter Bürger genötigt wird, auf fünf Jahre seinen Aufenthaltsort, seinen Beruf, seine Familie zu verlassen, um sich in einen von der Zentralregierung gewählten Ort des Inlandes oder der Kolonien unter Arbeitszwang und Polizeiaufsicht zu begeben, das hängt von keinem Richter ab, von keinem Verhör des Verdächtigten. Dazu, also zur polizeilichen Verschickung, zum „confino“, genügt lediglich der Antrag eines Faschisten an eine Kommission, die aus dem Regierungspräsidenten, dem

Die Auslandspolitik der Woche.

Der italienisch-albanische Vertrag. — Tarna-Africa. — Britische Reichsverteidigung England in China. — Die Kündigung des belgisch-chinesischen Vertrages.

Folgedirektor, dem Staatsanwalt, dem Kommandanten der Carabinieri und einem Offizier der faschistischen Miliz besteht. Diese fünf Individuen brauchen sich nur darüber schlüssig zu werden, daß der Betreffende durch sein Tun oder durch seine Worte die Achtung dargeboten hat, die nationale Ordnung zu stützen oder die Ausführung von Regierungsmaßnahmen zu hemmen und die Falle Kappi zu. Wenn sich die Menschheit in vielen Jahrhunderten das feine und dichtmaschige Gewebe der Prozedur und ihrer Garantien ausgearbeitet und vervollkommen hat, so entsprach das einer psychologischen Notwendigkeit der Rechtspflege. Ohne diese Garantien gibt es nur Parteijustiz. Selbst, wenn der Faschismus sie nicht wollte: er muß sie haben und wird an ihr zugrunde gehen.

Man denke sich, was bewaffnete Banden, wie die der Miliz, denen jede Mannszucht fern liegt, mit der Machtvollkommenheit der Polizisten ausgestattet, für Unheil anrichten müssen. Schon jetzt dringt die von der faschistischen Partei eingerichtete Geheimpolizei in die Familien, in die Verfassungen, in die Gasthäuser, in die beruflichen Berufe. Und nun setzt auch das Anwerben einer weiblichen Polizei ein, die sich als Hausgehilfinnen, als Tippfräulein, als Krankenpflegerinnen in die Familien und in die Bureaus drängen sollen. Immer liegt ein Privatinteresse oder ein Privathaß dahinter. Man fragt sich ganz verblüfft: wie kann ein Regime, das sich für stark hält, all dies Gelichter aushalten und benutzen?

Die Zeitungen sind inhaltslos. Wenige lesen sie; wer früher sechs Zeitungen kaufte, kauft heute eine. In allen steht dasselbe. Im ganzen Lande ist es ruhig, war es immer ruhig, auch als man auf dem Marktplatz von Bologna und von Treviso den Galgen errichtet hatte. Überall herrschte die strengste Mannszucht, auch wo man auf offener Straße die Beute verteilen sah. Kein Mensch glaubt mehr den Zeitungen, kein Mensch glaubt mehr an Gesetze. Man geht zum Rechtsanwalt um einen Rat; der juckt die Köpfe und lächelt darüber, daß es noch Leute gibt, die an solchen Fiktionen glauben. Den auswärtigen Journalisten ist ihre Tätigkeit derartig erschwert, daß die Times den Gedanken erwägen, ihren Nachrichtendienst aus Italien nach Paris zu verlegen. Die Fremden, namentlich die in solchen Sachen orthodoxen Engländer und Amerikaner, können sich mit der Öffnung der Auslandsbriefe nicht abfinden. Aber die Krone wird dem Ganzen ausgekehrt durch die Aufmachung, mit der sich heute der Ministerpräsident (übrigens auch der König, wenn er sich zeigt) der Öffentlichkeit darstellt. Von Truppen umgeben; Mussolini nur von seiner Miliz; aber die Bewaffneten wenden dem Ministerpräsidenten den Rücken zu und streifen die Stahlspitzen ihrer Bajonette einladend dem Publikum entgegen. „Ganz wie beim Zaren“, sagte uns ein Russe.

Wir haben in Italien kein Sibirien zur administrativen Verhinderung. Vielleicht ließe sich ein Einvernehmen mit dem neuen Rußland erzielen, damit es Italien ein Stückchen Sibirien borgt. So würde jene Synthese von Faschismus und Bolschewismus, die sich Faschismus nennt, in einer sibirischen Strafkolonie ihr greifbares Symbol finden...

Steuerkampf in Württemberg.

Die Bazille-Regierung in der Klemme.

Aus Stuttgart wird dem SPD. geschrieben: Die württembergischen Deutschnationalen erinnern sich augenblicklich mit gemischten Gefühlen der goldenen Zeit, da sie noch häufig fröhlich Opposition machen und ihren Wählern das Blaue vom Himmel herunter versprechen konnten. Die Herren Minister Bazille und Dehlinger mußten nämlich in den letzten Wochen bittere Erfahrungen machen, als sie dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Gewerbesteuer vorgelegt hatten. Die durch den Bauernbundes Gnaden existierende Regierung hatte eine beträchtliche Mehrbelastung des Gewerbetreibenden vorgeschlagen. Sofort setzte die Revolte des Handwerks und der Industrie im ganzen Land ein. Man drohte sogar in Massendemonstrationen mit Steuerstreik, und die Auser in dem Streit waren die deutschnationalen Handwerksführer, Bazilles Parteifreunde. Im Landtag gab es dann außerordentlich heftige Steuerdebatten, die keine Klärung in das allgemeine Durcheinander brachten. Bezeichnend war nur, daß einmal die Minister gegen ihren eigenen Entwurf stimmten, daß die deutschnationale Fraktion bei den Abstimmungen in zweier Lösung in ihre beiden Teile — Bauernbund und Bürgerpartei — auseinander fiel und die Regierung bei den entscheidenden Bestimmungen in der Minderheit blieb. Den einzigen wirklichen Erfolg für das Handwerk erzielte die Sozialdemokratie mit einem Antrag auf progressive Staffelung der Gewerbesteuer. In der allgemeinen Kauferei haben die bürgerlichen Parteien effektiv nichts erzielt. Das bedeutsame Gesetz, an dessen Schicksal das ganze württembergische Volk Anteil nimmt, wird nächste Woche erledigt werden. Die Regierungsparteien blafen zur Sammlung. Das System Bazille oder hat sich eine Schlappe geholt, die schwer wieder gutzumachen ist. Es ist möglich, daß die Regierungskoalition in Württemberg in dieser Frage auseinanderbricht.

Kein Einspruch Preußens gegen das Schundgesetz

Die kommunistische Landtagsfraktion hat im preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, nach dem die Vertreter Preußens im Reichsrat angewiesen werden sollen, auch gegen die jetzige Fassung des Gesetzes zur Bekämpfung des Schmutzes und Schundes Einspruch zu erheben und ferner jedes geeignete Mittel zu ergreifen, um das Inkrafttreten des Schundgesetzes zu verhindern. Wie der Sozialdemokratie berichtet, hat jedoch das preussische Kabinett am Mittwoch beschlossen, gegen das Schund- und Schmutzgesetz im Reichsrat keinen Einspruch zu erheben. Auf diese anfänglich angekündigte Maßnahme wurde wegen ihrer sich später herausgestellten Unsichtbarkeit verzichtet. Es wird weiter berichtet, daß die preussische Regierung versuchen werde, noch gewisse Verbesserungen in die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes hineinzubringen.

Wilhelms Kriegskosten.

SPD. Die Hohenzollernmillionäre befinden sich in finanziellen Schwierigkeiten. Die nach dem Abschluß des Vergleichs ausgezahlte Rate von fünf Millionen hat nicht genügt, um den finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Zur Deckung dieser Verpflichtungen wird auch noch ein erheblicher Teil der zweiten Ratenrate, die am 1. Februar gezahlt werden soll, herhalten müssen. Die Hohenzollernpropaganda im Kampf gegen die entschädigungslose Enteignung hat eine Stange Gold gekostet. Daher auch die lauernde Stimmung in Bonn und in Döls, die zur Verabschiedung des Generalvollmächtes, Herrn von Berg, geführt hat. Jetzt, wo die Rechnung für die Kosten des Abfindungskrieges gemacht werden müssen, gibt es lange Gespräche. Na, Kriegsführen kostet viel Geld. Das hat das deutsche Volk, das die Kosten für die Kriege der Hohenzollern bezahlen muß, schon längst schmerzhaft empfunden.

Einem mächtigen Sturm gab es in Süditalien, als die Texte des italienisch-albanischen Abkommens von Tirana (27. 11. 1926) bekannt wurden. Die Stellung des Außenministers, der diesen Streich der antijugoslawischen Gürtellegung durch Italien nicht zu verhindern vermochte, ward unhaltbar. Antifaschistisch gina. „In letzter Zeit“, so heißt es in seinem Demissionsgesuch, „hat sich etwas ereignet, das die Weigerung, die die Grundlage meiner Politik war, erschüttert hat. Aus diesem Grunde habe ich meine Demission als Minister für auswärtige Angelegenheiten eingereicht.“ Und einem Vertreter der Bremer erklärte er: „Es ist notwendig, die Aufmerksamkeit Europas auf die Bedeutung des italienisch-albanischen Vertrages zu lenken. Deswegen gebe ich nun meine Entlassung ab.“ Nach Antifaschistisch ging die gesamte Regierung Menzies, und die „Aufmerksamkeit Europas“ richtet sich denn auch wirklich auf diese jüngsten Balkanereignisse.

Und tatsächlich, in all den Sorgen mit Frankreich und dem Inneren Italiens ist Mussolini hier ein nicht unbeträchtlicher Erfolg seiner Außenpolitik gestiftet. Denn durch den Artikel des Vertrages, in dem sich die Vertragspartner „gegenseitige Unterstützung und herzliche Mitarbeit“ zusichern und sich verpflichten, „keine politischen oder militärischen Vereinbarungen zu schließen, die den Interessen des anderen Teiles abträglich sind“, durch diesen Artikel genötigt Italien zu seiner bisherigen finanzpolitischen Aufsicht, ausgeübt durch die in Rom befindliche albanische Nationalbank italienischer Kapital, die gesamte politische Kontrolle über diesen kleinen Balkanstaat. Das italienische Deloitte (und in seinem Schatten das englische) hat die Bahn frei und der Imperialismus Italiens gute Arbeit geleistet.

Es dürfte nunmehr ziemlich wahrscheinlich sein, das Süditalien noch engeren Anschluß bei Frankreich sucht, daß vor allem der im April bereits in Paris paraphierte Jugoslawisch-französische Vertrag ratifiziert wird.

Diesmal scheint Nordamerika auf dem südamerikanischen Kontinent mit mehr Glück ein wunderbares Geschäft gezeichnet zu haben, dessen Erfolge freilich erst später dem amerikanischen Imperialismus zu Diensten kommen werden. Der Frieden von Ancón (1883), der den sogenannten Salpeterkrieg zwischen Chile einerseits, Peru und Bolivien andererseits abschloß, hatte über die bis dahin peruanische Provinz Tacna-Arica die Bestimmung getroffen, daß dies Gebiet für zehn Jahre von dem siegreichen Chile besetzt würde und dann eine Volksabstimmung über sein weiteres Geschick entscheiden sollte. Diese Volksabstimmung wurde andauernd von Chile hinausgeschoben, bis im Jahre 1922 in Washington ein Vertrag zustande kam, der Nordamerika die Schiedsrichterrolle übertrug. Nachdem Amerika genügend mit Ansehen und Aktienanfäusen in Peru, Chile und Bolivien vorgearbeitet hatte, wurde die Volksabstimmung endgültig auf den 27. Mai 1926 festgesetzt. Dann mußte schließlich auch dieser Termin abgehalten werden: am 21. Juni hielt die von dem omarikanischen General Vialter präsierte Volksabstimmung ihre Schlußfälligkeit ab und verlegte sich auf unbestimmte Zeit.

Kurz vorher war nämlich ein amerikanischer Plan, dem man im stillen schon lange nachging, zur öffentlichen Diskussion gekommen, der den Streich zu belegen wollte: Tacna-Arica fällt wieder an Peru noch an Chile, sondern an Bolivien, das schon seit dem Frieden von Ancón, in dem es keinen Küstenbesitz verlor, sich um einen Zugang zum Meer bemühte. Peru, das ja eigentlich nichts anderes als eine Kolonie Nordamerikas bildet: der größte Teil der Petroleumquellen und die gesamten Eisenbahnen gehören den Amerikanern, zeigte sich diesem Vorschlag nicht so ganz abgeneigt. Aber Chile protestierte, die Abstimmung wurde verlegt und nun ziemlich plötzlich, scheint man der Einigung nahe zu sein.

Ende November hatte der amerikanische Schiedsrichter, Staatssekretär Kellogg, den Vorschlag auf Abtretung Tacna-Aricas an Bolivien, in offizieller Form — Verhandlungen hinter den Kulissen gingen offensichtlich voraus — den Beteiligten unterbreitet. Bolivien nahm als erster verständlicherweise den Vorschlag an, Chile akzeptierte diesmal unter gewissen, noch nicht bekannt gewordenen Bedingungen ebenfalls und die peruanische Zustimmung dürfte wohl auch bald erfolgen.

Worum geht es hier für Nordamerika? Bolivien ist ein Land, reich an Gummi, Zink und amerikanischer Kapitalbeteiligung. Auch hier gehören Eisenbahnen den Amerikanern, der Kautschuk hat für die Amerikaner, um das englische Gummimonopol zu brechen, größte Bedeutung, und die Rohstoffe des Landes hatten noch größenteils der Erleichterung. Hat Bolivien durch Tacna-Arica den Zugang zum Meer, dann heißt es Häfen ausbauen mit Amerikas Kapital — Wäme sind schon vorhanden —, und mit den Häfen und den Eisenbahnen kontrolliert Amerika den Gummi und das Zink, die durch den Korridor zum Meer verfrachtet werden. Die „Entschädigung“, die Bolivien an Peru und Chile für die Übertragung des Gebiets zahlt, wird, das versteht sich, durch ein hierfür bereits im Frühjahr dieses Jahres konstituiertes amerikanisches Bankensortiment ausgebracht. Die Zukunft Bolivien ruht in Wallstreet.

Und damit dürfte sich Amerika auch der Weg zum Wichtigsten ebnen: den strategischen Wert Tacna-Aricas auszunutzen.

Man spricht davon, in Arica eine Kohlenstation oder gar einen Flottenstützpunkt Amerikas zu schaffen. Die Stärkung, die Amerikas Position dadurch im Stillen Ozean gewinne, braucht nicht noch besonders hervorgehoben zu werden. Einsteilen spricht man hieron; aber wenn man auf der amerikanischen Seite spricht, pflegt das Marineamt zu schweigen. Und militärischem Schweigen folgt üblicherweise ein Handeln. Man hat es bequem: man kann „friedlich durchbringen“.

Dort, im Stillen Ozean, liegen die ungeheuren Konfliktsmöglichkeiten, Schnittstellen und Reibungsstellen nennt man das. Da hat Amerika die Philippinen, auf denen es auch Gummi gibt, und England die mächtigste Flottenstation auf Malakka: Singapur. Hier tun sich die großen weltpolitischen Gegenkräfte auf: Amerika—Japan, Japan—Australien, England—Japan und die beiden ersten vermindern den Gegensatz England—Amerika. Dem Flot England—Amerika sind durch die Beschlüsse der britischen Reichskonferenz nicht unwesentliche Stärkungen widerfahren. Die Dominions sind als dem Mutterland gleichberechtigte Teile in das Weltreich eingegliedert worden; mit der „weißen“ Bourgeoisie der Dominions schließt England den Frieden und die Front gegen das gemeinsame Feindliche: die Russen und Hindus und das aufstrebende Kroppeug. Ein Frieden und eine Front mit einem Teil der Bourgeoisie gegen Proleten und den anderen Teil der in den Kolonien erziehenden nationalen Bourgeoisie. „In Freiheit verbunden, um Anfreie zu binden“, so umschrieb die Wiener Arbeiterzeitung das neu geordnete Verhältnis Englands und der Dominions.

Einzelständige Staaten fügen sich in den anglo-amerikanischen Block glücklicher ein. Seitigen ihn, erleichtern Gegenkräfte, die um Kanada und Australien zwischen England und Amerika bestehen; denn jetzt stehen ja autonome Staaten in der Partie. In Freiheit verbunden.

Welch besseres Bündnis wollte England suchen als sein Singapur, diesen „glücklichsten geographischen Einfall Gottes“, wie dies mächtige, Millionen und aber Millionen an englischen Pfunden verschlingende Bollwerk ein englischer Politiker einst nannte.

Die britische Reichskonferenz hatte sich nun auch mit der Frage der Reichsverteidigung, die ja in der Hauptsache nach wie vor Angelegenheit Englands bleibt (englische Flotte), zu befassen und am 2. Dezember hierüber einen Bericht veröffentlicht. In den Erklärungen der einzelnen Ministerpräsidenten wird die Bildung der Flottenstation Singapur gebilligt und ihre Existenz als unbedingt notwendig für den Bestand des britischen Reiches anerkannt. Nur zahlen wollen die Dominions nicht; die Ausgaben für die eigene Verteidigung verlangen so viel, daß die weiteren Kosten für den Ausbau von Singapur England ausbringen hätte. Das ist unwesentlich für die Zukunft Singapores, nicht so nebensächlich für die Beziehungen der Dominions (vor allem Australiens) zu Amerika. Amerika hat keine Bestätigung in Hawaii, England in Singapur, und alles richtet seine Front auf Japan. Um die neue, gestiftete Einheit des britischen Reiches auch vor der Öffentlichkeit zu dokumentieren, ließ sich das offiziöse englische Reuterbureau aus Tokio drahten, die japanische Presse sei „einstimmig der Ansicht, daß die neue Flottenstation gegen Japan gerichtet sei und eine Gefährdung des Friedens im Stillen Ozean bedeute“. Wann wird es hier einmal losgehen?

An dem englisch-japanischen Gegensatz liegt es im wesentlichen, wenn England, was wir schon vor langer Zeit vorauslagten, sich jetzt gezwungen sieht, in seiner Chinapolitik eine Schwankung zu begehnen. Die blutigen Ereignisse in Schanghai und Canton 1925 und das Blutbad von Wanhsien haben immerhin einige Lehren gegeben. Zu dem angeforderten Generalkrieg in Hankau ist es augenblicklich nicht gekommen, da die ausländischen Kaufleute die Forderungen der Arbeiter bewilligten und England sich mit der Ausdehnung der neuen Kantonszölle auf Hankau abgefunden hat. Die ungeheure Machtkraft der Kantonsregierung ließ es England als ratsam erscheinen, an Stelle neuer Schieferereien sich auf den bekannten „Boden der Taifachen“ zu stellen und, dem Beispiel Amerikas folgend, eine Konfolidierung der innerchinesischen Wirren anzustreben. Denn im Norden sieht Tchangschin und denkt einstelligen nicht daran, den Zug nach dem Süden anzutreten. Die Bemühungen Englands, Japan für eine Intervention zu gewinnen, scheiterten naturgemäß. Und an der Macht Kantons ist nicht zu rütteln, die englischen Anleihen wollen mit Zinsen bezahlt sein und der Kontakt ist für England auch nicht angenehm. Da braucht man vorerst einmal Ruhe und Ordnung in China. Bald wird England wohl noch mehr erfahren.

Eine Ausstrahlung des englisch-japanischen Gegensatzes zeigte sich endlich die Kündigung des belgisch-chinesischen Vertrages aus dem Jahre 1905. (Belgien gilt ja dort nur als eine England untergeordnete Macht.) Diese Kündigung geschah durch die inzwischen zurückgetretene Vellingher Regierung Wellington Koo, die ganz unter der Kontrolle des Japanbildlings Tchangschin stand.

Belgien hat, wie schon gemeldet wurde, diesen Konflikt vor den Haager Gerichtshof gebracht. Da der Vertrag juristisch China eine Kündigungsmöglichkeit nicht gibt, hat sich China ganz erklärlich hiergegen gewandt und eine Revision des Vertrages durch den Völkerbund verlangt. Denn der bestimmt — China ist ja Mitglied des Bundes — im Artikel 11 seiner Satzung: „Es wird weiter festgestellt, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der von Einfluß auf die internationalen Beziehungen sein kann und daher den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von dem der Friede abhängt, zu stören droht.“ Und im Artikel 19 heißt es: „Die Bundesversammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationalen Verhältnisse auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte.“

China ist Mitglied des Völkerbundesrates. Ob die Angelegenheit auf der jetzigen Tagung zur Sprache kommen wird? Chamberlain meinte kürzlich, das sei nicht zweckmäßig. K. L.

Die jugoslawische Regierungsbildung.

SPD. Berlin, 9. Dezember. (Radio.) Die Bildung der neuen jugoslawischen Regierung steht in Betracht der Widerstände der Radikalen Partei auf große Schwierigkeiten. Der alte Palitsch hat bereits öffentlich gegen den mit der Regierungsbildung wieder beauftragten früheren Ministerpräsidenten Stellung genommen und ihm vorgeworfen, daß er ohne Ermächtigung der Radikalen Partei die Regierungsbildung übernommen habe. Man bezweifelt, daß es zu einer Einigung kommt, da der ehrgeizige Palitsch trotz seiner 80 Jahre allein die Regierung bilden möchte.

Die Hüter der deutschen „Kultur“.



Hübner

Scholz' Werbungen um die Deutsch-nationalen.

Eine weitere Rede des Vorsitzenden der Volkspartei.

Am Dienstagabend kam der Abgeordnete Dr. Scholz in einer Versammlung in Königsberg nochmals auf seine aufsehenerregende Insterburger Rede zurück. Er betonte nochmals, das jetzige Kabinett habe als neutrale Regierung der Mitte eine sachliche Politik zu treiben und sich eine Mehrheit zu suchen, wo es sie finde. Eine Trübung hätten die Verhältnisse erfahren durch die Hinneigung des Zentrums und der Demokraten zur Großen Koalition und durch das Verhalten der Deutschnationalen, die die Regierung der Mitte durch Unterstützung aller parlamentarischen Mittel kürzen wollten. Nach seiner Ansicht sei das Verhalten der Deutschnationalen falsch. Sie müßten sich in einer Reihe von Fragen bewähren neben die Regierung stellen, um zu zeigen, daß man sich mit ihnen regieren könne, so wie sie es bei dem Geleitz gegen Schmutz und Schand getan hätten.

Sollte ein Regieren von Fall zu Fall nicht mehr möglich sein, so sei objektiv mit beiden Seiten zu verhandeln. Scholz wiederholte, er habe in Insterburg nur Zweifel geäußert, ob die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie mit Erfolg zu einer dauerhaften Regierung führen könnten. Er habe gesagt, daß bei objektiver Beurteilung der Parteien der Mitte man sich mit größerer Aussicht auf Dauer mit den Deutschnationalen verständigen könne, während die Frage der Arbeitszeit und der Reichswehr nie mit den Sozialdemokraten gelöst werden könne. Diese Dinge habe er ausgesprochen mit vollem Bewußtsein seiner Verantwortung.

Besprechungen mit dem Reichskanzler.

Berlin, 8. Dezember.

Wie das Berliner Tageblatt berichtet, empfing der Reichskanzler Marx heute vormittag die sozialdemokratischen Parteiführer Hermann Müller und Wels, sowie im Anschluß hieran den Führer der deutschen Volkspartei Dr. Scholz. Die sozialdemokratischen Führer sollen eine Erklärung darüber verlangt haben, ob die Regierung bereit sei, in innerpolitischen Streitfragen rechtzeitig vorher eine Verständigung mit der Sozialdemokratie zu suchen, was insbesondere auch für die Arbeitszeitfrage gelte. Der Kanzler habe dem Sozialdemokraten keine bestimmte Zusage geben können und habe versprochen, sich mit den Führern der Regierungspartei in Verbindung zu setzen. Auch das Reichskabinett werde sich voraussichtlich morgen mit diesen innerpolitischen Fragen befassen.

Am Donnerstag soll auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei zu den Erklärungen des Herrn Scholz und deren Auswirkung Stellung nehmen.

SPD. Berlin, 9. Dezember. (Radio.)

Die Volkszeitung weiß über die gestrigen Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und dem Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz in ihrer heutigen Morgenausgabe folgendes zu melden:

Der Abgeordnete Scholz ist von dem Reichskanzler auf die schwierige Situation hingewiesen worden, in die das Kabinett geraten würde, wenn die Sozialdemokratie sich dazu entschließen sollte, die Haltung wohlwollender Neutralität gegenüber der Regierung anzugeben, in scharfer Opposition zu treten und gegebenenfalls ein Mißtrauensvotum gegen die Gesamtregierung zu richten.

Wenn wir recht unterrichtet sind — so fährt das Blatt fort — haben der Reichskanzler ebenso wie die maßgebenden Persönlichkeiten des Zentrums den Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei nicht im Zweifel darüber gelassen, daß sie für einen Bürgerblock, d. h. für eine Koalition mit den Deutschnationalen, nicht zu haben sein würden und es schwere innerpolitische Komplikationen geben könnte, wenn die Sozialdemokratie in eine Kampfsituation gegenüber dem Kabinett Marx gedrängt würde.

Die Germania beschäftigt sich heute in einem Leitartikel mit der politischen Situation. Das Blatt schreibt u. a.:

Sowohl Scholz wollte die Entwicklung, die sich anbahnte, und die ihm unangenehm war, stören. Er wollte Sand in die parlamentarische Maschine streuen, weil ihm ihr Mechanismus nicht gefiel. Es ist wahr: Er ist nur sich selbst und seinen bis in die jüngste Vergangenheit gefolgten Methoden treu geblieben, denn als zwischen den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie die Vereinbarungen zustande gekommen waren, als deren Ergebnis man die „Milde Koalition“ bezeichnete, da war es Herr Scholz, der auftrat und erklärte, das sei ja gar nicht so gemeint, ebensogut wie mit der Sozialdemokratie könne man auch in Zukunft mit den Deutschnationalen Fühlung halten. Es muß gesagt werden, daß man dieser Darstellung leider nicht mit der nötigen Entschiedenheit entgegengetreten ist. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß jetzt der Eklat eingetreten ist.

Die Germania schlußfolgert schließlich, daß die Regierung und ihre Parteien nicht länger ruhig zusehen dürfen, wie ihnen das Konzept einer wohlüberlegten Politik verdröben wird und es verschiedene Instanzen gibt, die jetzt zu sagen hätten, was sie wollen.

Der Vorwärts schreibt zu den Erklärungen der Germania: „Folgerichtig müßte die Germania danach zur Bildung einer Regierung geneigt sein, die nicht unter dem Einfluß der Volkspartei steht. Die Lage wäre viel einfacher, wenn bei dem Zentrum und den Demokraten der Wille bestände, sich gemeinsam mit der Sozialdemokratie gegen die Volkspartei durchzusetzen.“

In der heutigen Ausgabe der „Täglichen Rundschau“ wird entgegen aller Wahrheit wieder behauptet, daß eine sogenannte „Milde Koalition“ nie in Aussicht stand. Das Blatt verlangt aber infolge der aufgetretenen Zweifel selbst nochmals eine Entscheidung der Regierungsparteien über die Frage, ob Geheißvorschriften in Zukunft nur mit Hilfe der Sozialdemokratie unter Ausschluß von rechts verabschiedet werden müssen. Anschließend schreibt das Blatt wörtlich: „Dabei unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß die Reichs-

tagsfraktion der Deutschen Volkspartei vollkommen die Auffassungen teilt, die der Fraktionsführer Dr. Scholz in seinen Sprechereisen entwickelt hat.“

Der Kampf um den Finanzausgleich. Vor der Entscheidung im Reichsrat.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, fand am Mittwochvormittag eine Sitzung des Reichsausschusses unter Teilnahme der Finanzminister fast sämtlicher Länder statt, die sich bis in die ersten Nachmittagsstunden hinzog und in der der Entwurf des Reichsfinanzministeriums über den vorläufigen Finanzausgleich noch einmal eingehend erörtert wurde. Bekanntlich stehen die Länder auf dem Standpunkt, daß ihnen u. a. die sogenannte Umschlagsteuer-garantie unbedingt belassen werden muß. Das Reichsfinanzministerium lehnt diese Garantie nach wie vor ab, ist jedoch bereit, als Ausgleich die Garantie für die Einkommensteuer, die nach dem letzten Entwurf des Reichsfinanzministeriums 2,1 Milliarden beträgt, auf 2,5 Milliarden zu erhöhen. Die Länder legten im Anschluß noch einmal nachdrücklich ihren Standpunkt dar. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Jedoch hofft man, im Laufe des Donnerstags zu einem Ausgleich zu kommen. Die zweite entscheidende Ausschussung des Entwurfs ist für Donnerstag vorgesehen. Sollte bis dahin eine Einigung zustande kommen, dann wird sich voraussichtlich noch am gleichen Tage das Plenum des Reichsrats damit befassen.

Der Hallische Stadtbankstempel begraben?

N. Wir haben bereits berichtet, daß die Ordnungsbürokraten in Halle den Ausschuss, der zur Untersuchung des Stadtbankstempels eingesetzt worden war, gesprengt haben, indem sie ihre Mandate niederlegten. Die Linke stellte sich natürlich auf den Rechtsstandpunkt, daß trotzdem der Ausschuss weiter arbeitsfähig sei, und setzte sich bei der Wichtigkeit der Angelegenheit für die Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung ein, die nunmehr stattgefunden hat. Wie zu erwarten war, dachte der Ordnungsbürokrat nicht daran, irgendetwas Weiteres in der Sache zu unternehmen. Mit seiner knappen Mehrheit beschloß man, daß die Untersuchung durch den Rechts- und Befassungsausschuss der Stadtverordneten nicht mehr fortzusetzen sei. Man begründete diesen Beschluß damit, daß in der Angelegenheit Straf- und Disziplinarverfahren schwebten — was aber bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses schon der Fall war —, und daß außerdem die Kommunisten den Verlauf der Verhandlungen nicht geheim halten würden.

Die sozialdemokratische Fraktion protestierte aufs schärfste gegen dieses Verhalten und beantragte, den beiden Bürgermeistern das Vertrauen zu entziehen und vom Amt zu suspendieren. Ferner verlangte die SPD., daß das Untersuchungsverfahren auch auf den für die Stadtbankgeschäfte verantwortlichen Dezernenten Bürgermeister Sengel ausgedehnt wird, daß außerdem die schuldigen Beamten für den entstandenen Schaden haften sollen. Die nächste Stadtverordnetenversammlung wird zeigen, ob die hallischen Demokraten, die seinerzeit schärfstes Durchgreifen forderten, wieder — wie immer in der letzten Zeit — mit dem um ihre Machtposition hangenden Deutschnationalen und Volksparteilern gehen werden. Sie haben sich hier immer als die eifrigsten Vorkämpfer der kapitalistischen Kreise gezeigt, ihr Führer, Minister, forderte ganz offen, daß der Stadtbankstempel begraben werden müsse. Wir begreifen daher nicht, daß die hallischen Demokraten auch jetzt wieder mit den hallischen Stahlhelmen durch die und dünn gehen werden.

Neuer Kommunistenprozess vor dem Reichsgericht.

Vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts begann am Mittwoch ein Schwereprozess gegen den Tischler Albert Wenzel aus Berlin-Lichterfelde. Wenzel hat sich wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Verheimlichung eines kommunistischen Waffenlagers und Vergehen gegen die Waffenverordnung zu verantworten. Am 28. Dezember 1925 wurde bei Wenzel eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Dabei wurden größere Mengen Waffen, u. a. eine Maschinenpistole, sowie eine ganze Anzahl Revolver und ca. 500 Schuss Munition von der Polizei beschlagnahmt. Die Waffen kamen von dem Waffenaufkäufer der KPD-Zentrale Pfaff, der damals mehrere kommunistische Waffen nach dem Aufstand in Hamburg nach Berlin überführte, die dann versteckt gehalten wurden. Der Angeklagte will von den Waffen, die auf dem Wäscheboden in seiner Wohnung gefunden wurden, keine Kenntnis gehabt haben. Er nimmt an, daß sie von Unbefugten in seiner Wohnung versteckt wurden. Die Verhandlung wird mehrere Tage dauern.

Amerika und das deutsche Eigentum. Präsident Coolidge für die Rückgabe.

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Coolidge, erklärte sich in einer am Dienstag erschienenen Sonderbotschaft anlässlich der Bekanntgabe des Haushaltsplanes für 1928 zur Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika bereit. Er erklärte, die moralische Verpflichtung zur Rückgabe des Eigentums besteht in allen Fällen. Die ganze Frage sollte im Kongress gleichmäßig behandelt werden, der in dieser Session ein Gesetz annehmen möge, welches einen gerechten und umfassenden Plan zur Erledigung sämtlicher Ansprüche bietet. Die Lösung des Problems soll auf der Grundlage folgender beiden Prinzipien erfolgen: Der Oberste Gerichtshof hat zwar entschieden, daß der Kongress das Recht hat, über das beschlagnahmte Eigentum nach Gutdünken zu verfügen, der Kongress könnte daher die amerikanischen Ansprüche aus dem Erlös befriedigen. Ein solches Vorgehen aber entspricht nicht dem amerikanischen Ideal der Heiligkeit des Privateigentums. Eine kluge amerikanische Politik wird der Verwendung des Eigentums deutscher

Staatsangehöriger zur Begleichung der Schulden der deutschen Regierung ablehnend gegenüberstehen. Dies ist der erste Grund; der zweite ist folgender: Die Kosten für ein solches Vorgehen muß das deutsche Volk tragen und nicht nur ein Bruchteil, nämlich diejenigen Amerikaner, die einen Anspruch gegenüber Deutschland haben. Das fremde Eigentum aber dient auf diese Weise als Sicherheit für die Befriedigung der amerikanischen Ansprüche. Die Vereinigten Staaten können den amerikanischen Forderungsberechtigten nur dann diese Sicherheit vorerkennen, wenn sie selbst die Sicherheit dafür übernehmen, daß die amerikanischen Ansprüche schließlich befriedigt werden. Die Vereinigten Staaten sollten den deutschen Reichsangehörigen gegenüber Gerechtigkeit üben, aber nicht auf Grund von Ungerechtigkeiten gegenüber den eigenen Staatsangehörigen. Innerhalb dieser beiden Grundlinien liegt der Mittelweg der Lösung dieser Frage, die einer allen gerecht werdenden amerikanischen Auffassung entspricht.

Regierung und Bofel-Scandal.

SPD. Wien, 7. Dezember.

Der zur Überwachung der Gekbarung der Volkspartei eingesezte parlamentarische Untersuchungsausschuss hat den früheren Bundeskanzler Dr. Ramek über die Geschäfte der Kasse mit dem Bankier Bofel vernommen. Die Volkspartei hat diesen Spekulanten, der durch die Frankenspekulation vertrieben, zu sanieren versucht und dabei rund 70 Millionen Reichsmark verloren. Ramek erklärte, er habe im Frühjahr 1925 erfahren, daß Bofel der Volkspartei 300 bis 350 Milliarden Kronen, also mehr als 20 Millionen Goldmark, schuldig war. Mit Hilfe des früheren Finanzministers Ullrich sei dann eine Schweizer Gesellschaft gegründet worden, von der die Volkspartei Aktien im Betrag von 11 Millionen Dollar übernehmen und langsam in Raten abzahlen sollte, um mit Bofel ins reine zu kommen. Bundeskanzler Seipel und der jetzige Finanzminister bestätigten, von dieser Angelegenheit gewußt zu haben. Es wurde beschlossen, zur völligen Klärung Dr. Ullrich, der sich auf einer Reise in Amerika befindet, aufzufordern, sofort zurückzukehren, um Auskunft zu geben.

In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses beantragte Dr. Bauer ein Mißtrauensvotum gegen den Handelsminister Dr. Schuerr, der nach seinen eigenen Angaben leichtfertig ohne ernsthafte Prüfung dem Vertrag zwischen der Volkspartei und dem Bankhaus Bofel im Dezember 1925 zugestimmt hat. In dem Mißtrauensantrag wird weiter verlangt, der Nationalrat möge feststellen, daß dieser Vertrag den Staat um 50 Millionen Schilling, d. h. etwa 30 Millionen Mark, geschädigt hat. Der Antrag wurde mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Wupeifu von Fong geschlagen.

WTA. Paris, 8. Dezember.

Wie die Agentur Indopacifique aus Peking berichtet, ist bei Lungtan in der Provinz Schensi eine große Schlacht im Gange. Die Truppen Wupeifu stehen sich nach der Provinz Honan zu. Die in Peking stationierten Kubentruppen (Tschangtschun) sind eilig nach Pao-Ling-Fu und zum nördlichen Ufer des Hoangho abgegangen. (Anscheinend, um einen Vorstoß Fongpuh-siangs, der an den Kämpfen in Schensi beteiligt ist) auf Peking aufzuhalten. Red. d. L. B.)

WTA. London, 8. Dezember.

In einer Versammlung von etwa 100 konservativen Parlamentarier forderte der Vorsitzende der China-Bereitigung, Leese, Großbritannien sollte in China die Initiative ergreifen und der Kantongregierung mitteilen, daß sie, wenn es Frieden und Ordnung in dem von ihr beherrschten Gebiet wiederherstellen und jeden Boykott und alle Streiks gegen die Ausländer beende, unverzüglich von den Mächten anerkannt werden würde.

Das Wiederaufnahmeverfahren gegen Hölz beantragt.

SPD. Die juristischen Vertreter des im Groß-Streichler Zuchthaus sitzenden Kommunisten Max Hölz haben bei dem Reichsjustizminister in einem ausführlichen Schriftsatz die Wiederaufnahme des Verfahrens durch den Oberreichsanwalt von Amts wegen und die Amnestierung des Hölz wegen der politischen Verhältnisse beantragt. Der Reichsjustizminister hat die Akten unverzüglich dem Oberreichsanwalt nach Leipzig zur Stellungnahme überhandt; ebenso das ihm zur Verfügung gestellte Material über das Geständnis des Bergmanns Erich Fricke und den Widerruf des früheren Hauptbelastungszeugen Uebe.

Der Schulfreist in Westfalen.

Wie aus Bochum gemeldet wird, wurde in einer am Dienstag abgehaltenen evangelischen Elternversammlung beschlossen, ebenfalls in den Schulfreist zu treten. Auch in Herne, Gelsenkirchen und einigen anderen Städten sollen die Eltern zum sofortigen Schulfreist aufgepuscht werden. Diese Aktionen bezwecken eine Unterbrechung des schon mehrere Wochen dauernden Schulfreists in Dortmund, der bereits den preußischen Landtag beschäftigt hat.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Johannes Krichen in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Hugo Sepphan in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Der gesamten Stadttafelage unserer heutigen Nummer liegt ein Prospekt vom Hans Bergmann, Zigarettenfabrik A.G., Dresden-H., bei.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.



Die Heinzelmännchen sind's gewesen!

So könnten Sie ausrufen, wenn Sie Ihren erstaunten Lieben eine der vielen Torten anbieten, die Sie ohne große Mühe und sehr preiswert nach den sorgfältig ausprobierten Oetker-Rezepten hergestellt haben.

Eine glänzende Auswahl

vieler gänzlich neuer Rezepte für Kuchen, Torten und Kleingebäcke aller Art ist in dem neu erschienenen Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F enthalten, das zum Preise von 15 Pfennig in allen einschlägigen Geschäften zu haben ist. Sie erhalten das Buch, wenn nicht vorrätig, auch gegen Einsendung von Marken von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Lebkuchenzug: Backpulver, Backin" 10 Pfg., 3 Stück, 25 Pfg., Puddingpulv. Van. - Mandel, 8 Pfg., Einmachs-Hülse 7 Pfg., Vanillin-Zucker 5 Pfg., Vanille - Soltpulver 5 Pfg.

Folgen Sie

dem Schritt der Zeit

u. ersetzen Sie Ihr altes Heft durch ein neues. — Viele Rezepte für beliebige Puddings u. süße Geleespeisen sind außerdem in dem neuen Buch enthalten.

Auf den vorzüglich. Backapparat

„Küchenwunder“

mit dem man auf kleiner Gaskocherflamme bei einem Gasverbrauch von ca. 3 Pfg. einen großen Kuchen backen kann, wird empfohlen hingewiesen. Der Apparat ist im neuen Rezeptbuch, Ausgabe F abgebildet und näher beschrieben.

Die Erschließung der britischen Archive. Erscheinen einer deutschen Parallelausgabe.

Wie amtlich mitgeteilt wird, beginnt in den nächsten Tagen die deutsche Ausgabe der Dokumentenveröffentlichung der Englischen Regierung zur Vorgeschichte des Weltkrieges (British Documents on the Origins of the War 1914-1914. Edited by G. P. Gooch, D. Litt., and Harold Temperley, Litt. D. Vol. XI: The Outbreak of the War. Foreign Office Documents. (June 28, bis August 4, 1914). Collected and arranged with Introduction and Notes by J. Headlam-Morley, M. A., C. B., E., Historical Adviser to the Foreign Office, London 1926. Printed and published by His Majesty's Stationery Office) zu erscheinen.

Die Herausgeber haben seitens der Britischen Regierung völlig freies Verfügungsrecht über die Dokumente des Britischen Auswärtigen Amtes erhalten. Man ist dabei dem Grundgedanken der Herausgeber der deutschen Großen-Kriegs-Publikation gefolgt. Von der deutschen Publikation unterscheidet sich die englische dadurch, daß sie nicht so weit zurückgeht, wie das deutsche Werk, das bekanntlich mit dem Frankfurter Frieden von 1871 einleitet. Die englische Publikation beginnt mit den Dokumenten des Jahres 1898, bringt diese aber mit großer Vollständigkeit. Das ganze Werk wird nach dem bisherigen Plan 11 Bände umfassen. Der jetzt zuerst erscheinende Band entspricht nach Stoffkreis, Inhalt und Einteilung völlig dem im Jahre 1919 durch die Deutsche Reichsregierung im Verlage der Deutschen Verlags-Gesellschaft für Politik und Geschichte herausgegebenen „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch 1914“ (Kautsky-Akten). Auch dieses Werk erschien zeitlich früher als die „Große Kautsky-Publikation“, die erst jetzt, bei ihrer Fertigstellung, Anfang Dezember 1926, mit ihrem letzten Teilbande, dem 30., den Anhang an die Kautsky-Akten gewinnt. Da der entsprechende Band der englischen Publikation gleichzeitig mit der Schlussreihe des deutschen Werkes erscheint, so steht der Unternehmung der Kautsky-Akten Anfang 1927 das vollständige deutsche und englische Material über die entscheidenden Wochen vor dem Weltkrieg zum Vergleich zur Verfügung. Herausgeber der deutschen Ausgabe ist der Münchner Historiker Hermann Loh.

Der Schwarzburger Pfaffenstempel.

Anlässlich der Beratung über den Schwarzburger Pfaffenstempel gab die Thüringer Regierung am Mittwoch im Landtag endlich eine genaue Darstellung der Rechtsverhältnisse über das Zeughaus in Rudolstadt, aus dem mehrere Gegenstände entwendet worden sind. Bei der Auseinandersetzung zwischen dem Staate Schwarzburg-Rudolstadt und dem

Fürsten ist die Waffenammlung des Zeughauses der Gültigkeit zugewiesen, die beim Ableben des Fürsten auf das Land Thüringen überging. Das Land hat dadurch einen Anspruch auf die Waffenammlung erworben. Nach dem Tode des Fürsten sollte daher die Uebernahme der Waffenammlung auf den Staat erfolgen. Als an Hand eines Inventarverzeichnisses die Bestände nachgeprüft werden sollten, verweigerte der Oberhofmarschall von Halem, in seiner Eigenschaft als Testamentvollstrecker, die Herausgabe. Das thüringische Bauamt setzte sich gewaltsam in den Besitz der Räume, indem es durch einen Schlosser die verriegelten Türen öffnen ließ. Der Erfolg war, daß Halem bei dem Landgericht Erfurt eine einstweilige Verfügung erwirkte, in der angeordnet wurde, daß Thüringen den Marschall zu räumen und bei Weidung einer Geldstrafe jede weitere Störung zu unterlassen hätte.

Im Mai d. J. berichtete nun das Rudolstädter Bauamt an die thüringische Regierung, daß Halem aus dem Zeughaus einen Leberstiel, ein Radlosgehäuse und einen Landbesitzschutz aus der Waffenammlung herausgenommen habe. Auf Grund der eidesstattlichen Versicherung des Verwalters erließ das Landgericht im Juni gegen die Fürsten und gegen die Fürstlichen Beamten und ihren Marschall eine Verfügung, in der die Entziehung weiterer Gegenstände verboten wurde. Interessant aber bei dieser Verfügung war, daß das Gericht eine Strafanzeige bei Zuwiderhandlung nicht aussprach. Die Thüringer Regierung hat offensichtlich aus Gründen der

Vollstreckung der Pfaffenentziehung geachtet. Dieser Sachverhalt ist im Mai und Juni ordnungsgemäß dem Landtag und dem Lande mitgeteilt. Daran wies vor allem der Sozialdemokrat Kröllich in einer ausgezeichneten Rede hin. Der Land für das den Fürsten wohlwollende Schwelgen ist der Regierung jetzt durch eine scharfe Oppositionshaltung der Ährten und ihres Marschalls quittiert worden. Als die Regierung nämlich von dem Marschall verlangte, daß er Klarheit über die Sachen geben sollte, teilte er mit, daß sie bereits verkauft seien. Den Dispositionsbefehl aber verweigerte er. Erst als von Halem es auch jetzt noch nicht für nötig hielt, sich vor seine Ährten zu stellen, sondern sich hinter sie verlor, wurde das Eidesverbot auf die Fürsten ausgedehnt. Halem gab an, daß er die Dinge verkauft habe. Seine Angaben waren aber irreführend, so daß die Regierung die Kriminalpolizei in Gang brachte. Dabei stellte sich heraus, daß die Kunststoffe an eine Berliner Firma verkauft worden waren, Halem aber den Namen dieser Firma verschwiep, weil er noch weitere Geschäfte mit dieser Firma vorhatte oder bereits abgeschlossen hatte.

Als Senation des Tages kam die Erklärung des früheren Schwarzburg-Sondershäuser Staatsministers a. D., jetzigen Führers der Landtagsfraktion der Volkspartei, der ehemaligen Excellenz Bauer. Er sprach der vom Fürsten und seinen Rechtsberatern vertretenen Meinung entgegen, daß dem Abschluß des Vertrages im November 1918 in keiner Weise ein Druck auf den Fürsten erfolgt sei.

Fürsorgedebatten im Stadtparlament.

Zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde die Entscheidung über die Bewilligung von 5000 Mk. zur Unterstützung der Bestrebungen des Leipziger Künstlerbundes, der eine Ausstellung veranstalten will, ausgelegt und beschlossen, den Rat zu ersuchen, Vorlage und Eingabe noch dem „Ausschuss zur Unterstützung der Leipziger Künstler“ zur Stellungnahme vorzulegen.

Zur Bewilligung von Ausstattungsgegenständen für das Reform-Realgymnasium in L. Lindenau wurden 12.500 Mk. und für die Einrichtung eines Kinoraumes im Turnhallen-Neubau dieser Schule wurden 5000 Mk. bewilligt.

Vordringliche Schulbauten.

Der Rat war ersucht worden, dem Stadterordnetenkollegium eine Vorlage über die unbedingt notwendigen Schulbauten zugehen zu lassen. In der Rückäußerung des Rates wird als dringend notwendig erachtet, die Errichtung einer hohen Schule, das ist eine Schule für 750-800 Kinder, in Probstheida. In derselben Weise soll eine Schule für die Meyerischen Häuser errichtet werden. Unbedingt notwendig erscheine ein Gebäude für die IV. höhere Mädchenschule, dringend notwendig auch der Bau der höheren Maschinenbauerschule. Der Schul- und Verfassungsausschuss beantragte, von der Rückäußerung Kenntnis zu nehmen und den Rat zu ersuchen, das für die Berufsschule vorgesehene Gebäude unter die vordringlichen Schulbauten aufzunehmen.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss bedauerte, daß der Neubau für die Berufsschule in dem Bauprogramm mit an letzter Stelle gesetzt worden ist. Die Neuordnung im Berufsschulwesen erfordere einen Neubau für die Berufsschule. Der Demokrat Wehlig weist jedoch nach, daß das Verhältnis der Zahl der Schulklassen zu den vorhandenen Schulen in Leipzig wesentlich ungünstiger ist als

in andern Großstädten. Bei Schulneubauten müßten große Schulgebäude vermieden und kleinere errichtet werden. Die in Probstheida und den Meyerischen Häusern vorgesehene halben Schulen müßten als ganze gebaut werden.

Genosse Lang nagelte das Verhalten der Wirtschaftspolitischen seit deren Redner Kröllich im Plenum so große Töne über den Neubau der Berufsschule peredet hatte, während seine Freunde im Ausschuss dagegen gesprochen haben. Es seien die Sozialdemokraten im Ausschuss gewesen, die den Antrag stellten, die Berufsschule als vordringlichen Schulbau aufzunehmen. Die Freunde Kröllichs hätten erwidert, als die Sozialdemokraten drohten, die ganze Vorlage abzulehnen. Genosse Lang betont, die Elternschaft in Probstheida werde sich die Zustände nicht mehr gefallen lassen und zu den schärfsten Mitteln greifen, um den Schulbau zu erzwingen. Selbstverständlich liegen die Verhältnisse in den Meyerischen Häusern. Es dürfe nicht bei der grundsätzlichen Zustimmung bleiben. Im Interesse der Eltern und Kinder und der Stetigkeit des Unterrichts müßten die Schulbauten baldigst ausgeführt werden. Es wäre nicht gut für die Stadt Leipzig, wenn es zum Schulstreik komme, weil die Schulverhältnisse unerträglich sind.

Der Kommunist Scheller kritisiert, daß der Rat in seiner Vorlage nicht auf die Schulverhältnisse in Rodau eingegangen ist, und beantragt, den Rat zu beauftragen, sofort den Bau der Schulen in Probstheida, Meyerische Häuser, Rodau, höhere Maschinenbauerschule und Berufsschule in Angriff zu nehmen. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt und der Ausschussantrag angenommen.

Zu einer Rückäußerung des Rates, wonach er die Errichtung einer Zweigstelle der Schulgesundheitsämter ablehnt, dagegen vorschlägt, durch Verstellung der in der Schulgesundheitsämter noch be-

Weihnachts-Verkauf

Meine sämtlichen Abteilungen, durch Großeinkäufe mächtig gerüstet, bringen jetzt hochwertige Waren zu niedrigsten Preisen und bieten Ihnen damit die beste Gelegenheit zu Anschaffungen und für Geschenk-Käufe!

Die billigen, dabei immer guten MÄNTEL u. KLEIDER kauft jede Dame bei



Die Marke für Schlauheit und Stärke!

- Mäntel a. engl. gemust. Stoffen u. Velour de laine, nur moderne Formen... 39 29 19 15
- Mäntel Woll-Ottom., Velour de laine, in mod. Farb. m. u. ohne Pelz-Pl.-Bes. 98 69 59 39
- Mäntel a. Seal-Plüsch, Astrachan, Fellpl., Samt u. Krimmer, schwarz u. farbig 150 98 79 49
- Kostüme in mod. Stoffen u. Formen, für Reise, Straße und Sport 79 59 29 19
- Kleider a. Wolle, Seide, Samt, entzück. letzte Neuheit für Straße, Tanz-Tee 69 49 19 12
- Blusen aus mod. Pullover-Stoffen 15 9 6 3 9
- a. Crêpe de Chine i. all. Farben . 29 19 15
- Morgenröcke in all. mod. Flausch- u. Fantasie-Stoffen 19 9 7 4²⁵

Sämtliche Modelle sind im Preise reduziert.

Franz Eberl

Größtes Spezialhaus für Damen- Backisch- und Kinderkonfektion in Sachsen

Sonntag, den 12. und 19. Dezember, von 12 bis 6 Uhr geöffnet.



Mantel a. Sealplüsch vornehm, elegant far- u. abendm. ganz gefüttert

59

stehenden Privatwohnung Raum für weitere Schuljahrgänge zu gewinnen, beantragt der Schulausschuss, Kenntnis zu nehmen. Es wird demgemäß beschlossen.

Ortsgeleit über die gemischten Ausschüsse.

Eine längere Debatte entspann sich über das vom Rat vorgelegte Ortsgeleit über die gemischten Ausschüsse. Der Rat hatte von jeher das Bestreben, sich in den gemischten Ausschüssen die Vorherrschafft zu sichern. Hiergegen hatten die Stadtverordneten schon verschiedentlich Stellung genommen. Nunmehr lagen ihnen Vorschläge über ein Ortsgeleit sowie über eine Geschäftsordnung für die gemischten Ausschüsse vor. Die Kommunisten schickten **Schneller** vor, der den Stadtverordneten einen Entwurf über ein Ortsgeleit unterbreitete und bei der Begründung sowohl als auch bei Bekämpfung der Ratvorlagen es sich nicht verkneifen konnte, wieder einmal in altgewohnter Weise den Agitationspausenschlägel gegen die Sozialdemokratie zu schwingen.

Die sozialdemokratische Fraktion vertrat durch den Genossen **Hübner** den Standpunkt, daß der Einfluß der Stadtverordneten dem des Rates in den gemischten Ausschüssen nicht nachstehen dürfe. Die gemischten Ausschüsse erledigen eine ganze Reihe von wichtigen Verwaltungsaufgaben. Der Vorsitzende **Dr. Jund** hatte als Berichtserstatter zu diesem Tagesordnungspunkte der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß ein Zuviel an gemischten Ausschüssen zu einer Auflösung des Stadtverordnetenparlamentes führen werde. Demgegenüber betonte Genosse **Hübner**, daß es sich in den gemischten Ausschüssen um Einzelaufgaben handelt, für deren Erledigung ein kleineres Gremium dienlicher sei als das Plenum. Das Plenum sei für die Erledigung der großen, richtunggebenden Fragen da. Die Sozialdemokratie habe alles aus der Vorlage herausgehoben, was die Stellung der Stadtverordneten für die künftigen Auseinandersetzungen mit dem Rate schwächen könne. Auch die vorgelegte Geschäftsordnung für die gemischten Ausschüsse entspreche durchaus nicht den Forderungen der Sozialdemokratie. Aber man könne auch nicht in Gegenfah zu den Vorlesisten der Gemeindeordnung treten. Genosse **Hübner** wies **Schneller** nach, daß seine dröhnenden Worte nur der völligen Unkenntnis der Dinge, um die es sich hier handelt, ihren Ursprung verdanken.

Schneller suchte sich aus der fatalen Situation durch ein die ganze Verdohrtheit der kommunistischen Kommunalspraxis in drastisches Licht rufendes Argument zu retten, indem er mit besonderer Perce betonte, daß seine Fraktion die Novelle zur Gemeindeordnung nicht anerkenne und es ablehne, sie durchzuführen. Ebenso gut hätte **Schneller** es ablehnen können, daß die Sonne des nachts nicht scheint.

Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt, die Vorlage der Ausschüsse angenommen.

Darlehen an Arbeiterinnen und Arbeiter.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften waren mit einer Eingabe hervorgetreten, den städtischen Arbeitern vor Weihnachten ein Darlehen von 50 Mk. zu gewähren. Die Kommunisten beantragten, nicht ein Darlehen, sondern eine Beihilfe von 50 Mk. zu gewähren. Der der Wirtschaftspolitischen Vereinigung angehörende Stadtverordnete **Krumpholtz** setzte sich für die Eingabe ein. Der unabhängige Stadtverordnete **Fiege** sprach sich für den kommunistischen Antrag.

Die Genossen **Fiege** und **Frenzag** wiesen darauf hin, daß mit Darlehen den Arbeitern nicht gedient sei. Es sei Aufgabe der Gewerkschaften für hinreichende Löhne zu wirken. Zwar sei es bei der letzten Verhandlung nur gelungen, eine Erhöhung von drei Pfennigen die Stunde durchzusetzen. Die Eingabe um Gewährung eines Darlehens sei weiter nichts als das Bestreben, auch einmal in der Öffentlichkeit von sich reden zu machen. Darlehen müßten zurückgezahlt werden, und wenn die Kommunisten im vorigen Jahre aus einem ähnlichen Anlaß versucht hätten, den Eindruck zu erwecken, daß dies gar nicht so wichtig sei, so hätten sie sich später selbst korrigieren müssen. Darlehen lindern die Not nur vorübergehend, und auch dabei nur scheinbar.

Während der Rückzahlung werden die Familien in ihrer Lebenshaltung noch mehr eingeengt. Trotzdem verlangt man hier generell Darlehen für alle Arbeiter. Die Gewerkschaften lehnen es grundsätzlich ab, Beihilfen und Darlehen zu verlangen. Sie fordern ausreichende Löhne. Auch der Rat hat stets erklärt, daß er Beihilfen nicht gewähre. Die Sozialdemokratie aber lehne es ab, durch Agitationsanträge Illusionen zu erwecken, die auf weiter nichts als Täuschung hinauslaufen. Sie verzichte auf solche ebenso billigen wie unanständigen Agitationsmanöver. Genosse **Fiege** beantragte, auf Antrag in Einzelfällen Darlehen und Unterstützung zu geben. Die Kommunisten hatten sowohl in der Presse als auch in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung der sozialdemokratischen Fraktion den Vorwurf gemacht, daß sie bereit sei, den Ratsmitgliedern die Bezüge ins Ungemessene zu erhöhen. Genosse **Frenzag** konstatierte gegenüber diesem Schwindel, daß die sozialdemokratische Fraktion die Erhöhung der Ratsgehälter ablehne.

Der Entwurf **Schneller** wurde abgelehnt, der Antrag **Fiege** angenommen.

Unterstützung an Fürsorgeempfänger.

Der Rat hatte den Beschluß der Stadtverordneten, den Fürsorgeempfängern noch vor Weihnachten eine Sonderunterstützung in Höhe eines doppelten Wochenbedarfes auszusahlen, abgelehnt. Die Ausschüsse beantragten, auf dem Beschluß bestehen zu bleiben mit der Maßgabe, das Wort „doppelt“ zu streichen. **Lunz** (Kommunist) forderte, die Streichung aufzuheben und beantragte weiter, den Blinden eine Beihilfe von 100 Mk. zu zahlen.

Genosse **Frenzag** weist auf die großen Aufwendungen hin, die der Stadt durch die mangelnde Fürsorge des Reiches gegenüber den Erwerbslosen auferlegt werden. Würde das Reich nicht ausgesteuerte Erwerbslose der Fürsorge der Städte ausbüden, hätte die Stadt Leipzig im September nicht 871 000 Mk. für Fürsorgeunterstützung ausgeben zu brauchen. Von diesen 871 000 Mk. müßten 348 000 Mk. an Erwerbslose gezahlt werden. **Kebner** tritt für den Antrag **Lunz** ein, auf dem Beschluß zu beharren und den Fürsorgeempfängern zwei Wochenbedarfssätze auszusahlen. Der Antrag hinsichtlich der Blinden sei unbedeutend. Den bedürftigen Blinden müßte man helfen, bürde aber nicht den in gesicherter Lage befindlichen auch noch eine Sonderbeihilfe von 100 Mk. aus städtischen Mitteln zuführen. Des weiteren beantragte Genosse **Frenzag**, die Erwerbslosenfeste in einem größeren Lokal abhalten zu lassen und sie auch Fürsorgeempfängern zugänglich zu machen.

Ein kleines Intermezzo lieferte der völkische Stadtverordnete **Hunger**, der sich scharf gegen den Bürgermeister **Rubig** wendete, weil er in einem Falle ungenügendes Entgegenkommen gezeigt habe. Er fordert, daß dem Bürgermeister das Gehalt gesperrt wird.

Der Ausschuh Antrag wird angenommen. Ebenso der Antrag **Frenzag**, Erwerbslosenfeste betreffend. Der Blindenantrag **Lunz** wird abgelehnt.

Erwerbslosen-Fürsorgeempfänger.

Ein kommunistischer Dringlichkeitsantrag forderte, denjenigen Fürsorgeempfängern, die auf Grund der Bestimmungen der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 und der dazu nach erlassenen Ausführungsbestimmungen keine Erwerbslosenunterstützung und auch keine Unterstützung aus der Krisenfürsorge erhalten können, sich aber bereits in Kontrolle des öffentlichen Arbeitsnachweises befinden, mit den gleichen Sätzen und zu den gleichen Bedingungen wie die Erwerbslosenunterstützungsempfänger zu unterstützen, soweit die Fürsorge für diese Kategorie geringere Unterstützungssätze vorsieht, als die Erwerbslosenfürsorge.

Der Wohlfahrts- und Finanzausschuh beantragten, den Antrag abzulehnen und den Rat zu ersuchen, die Pfleger anzuweisen, nicht-alleinstehenden Personen einen Beitrag zur Miete zu gewähren, wenn die Angehörigen, in deren Haushalt sie wohnen, kein Einkommen aus Vermögen haben, ferner, den ausgesteuerten Erwerbslosen, die die Erhöhung von 15 Prozent bzw. 10 Prozent nicht er-

halten haben, diese Erhöhungen ab 8. November 1928 aus Fürsorgemitteln nachzuzahlen.

Der Begründer des kommunistischen Antrages, **Dajcse**, mußte selbst zugeben, daß sein Antrag keinen Zweck mehr habe. Den hatte er auch vor 8 Tagen nicht. Daß er nicht ganz verpuffte, lag an dem Eingreifen der Sozialdemokraten, die die Gelegenheit wahrnahmen, für Einzelstehende, die bei ihren Eltern wohnen, einen Mietszuschuh zu erwirken, der den Eltern dringend nottat.

Der Ausschuh Antrag, der von den sozialdemokratischen Ausschuhmitgliedern stammte, wurde einstimmig angenommen.

Naturalbeihilfe an Erwerbslose.

Die Sozialdemokraten hatten beantragt, 250 000 Mk. für Naturalbeihilfen an Erwerbslose auszuweisen. Der Rat will dafür nur 150 000 Mk. zur Verfügung stellen. Er hat es weiter abgelehnt, den Beschluß der Stadtverordneten auf Verteilung des Fleisches auf dem Schlachthof und anderen städtischen Verteilungsstellen beizutreten. Der Betriebs-, Wohlfahrts- und Finanzausschuh beantragten, daß Erwerbslosen mit mehr als zwei Kindern die doppelte Menge Fleisch, Margarine und Zucker gegeben wird, sowie, daß die Ausgabe der Naturalbeihilfe im gleichen Umfange im Januar 1927 zu wiederholen ist.

Genosse **Lorius** bekämpft den engherzigen Standpunkt des Rates, der erklärt, daß die 10 bis 15 Prozent, um die der Reichszins die Erwerbslosenunterstützung erhöhte, ausreichen müßten. Durch die Herabsetzung der geforderten Summe auf 150 000 Mk. wird die beim einzelnen zunehmende Unterstützung außerordentlich stark beschränkt. Eigenartig sei auch, wie langsam die Ratsmühen mahlen, wenn es sich um Dinge handelt, die die notleidenden Massen betreffen. Seit September befindet sich der Antrag im Laufe. Genosse **Lorius** wendet sich weiter gegen die Verteilung des Fleisches durch die Kleinhändler. Die Ausstellung müsse denen übertragen werden, die über große Lager und beste Waren verfügen. **Kebner** verliert ein Schreiben der Fleischherinnung, daß die vom Rate gezeichnete Hochherzigkeit der Fleischher, die angeblich bei der Fleischverteilung an Erwerbslose auf jeden Verdienst verzichteten, in eigenartigem Lichte erscheinen läßt. Die Fleischherinnung verlangt nämlich, den noch bestehenden Fleischverkauf für die Minderbemittelten aufzuheben und die Fleischabgabe durch die Fleischherinnung als genügend zu betrachten. Genosse **Lorius** weist weiter darauf hin, daß die Fleischher die Preise nie so weit herabsetzen können, als die Verteilungsstelle auf dem Schlachthof es tut. Die Verteilungsstelle kauft überdies die besten Stücke. Es müsse daher vom Rate erwartet werden, daß er das Anfinnen der Fleischherinnung nachdrücklich zurückweise.

Nach einigen Bemerkungen des Kommunisten **Lunz**, der wieder einmal gehörig über die Sozialdemokraten schimpft, sowie des Stadtrats **Buit** und einiger bürgerlicher Vertreter, werden die Ausschuh Anträge angenommen. Dagegen ein kommunistischer Antrag, die Naturalbeihilfe auch den Koststandsarbeitern zuzuwenden, abgelehnt.

Arbeitsnachweis.

Für den Haushaltplan des Arbeitsnachweises werden 1 495 300 Mark nachgefordert. Genosse **Lorius** beantragt, für die geplanten Unterkunftsraumlichkeiten 10 000 Mk. mehr auszuweisen. Es werde noch zwei bis drei Jahre dauern, ehe ein neues Gebäude zur Verfügung stehe. Für eine so lange Beherbergung müsse man auch auf etwas besseres Provisorium bedacht sein. Er beantragt im weiteren, für die Kinder der Erwerbslosen in den städtischen Theatern Nachmittagsvorstellungen in genügender Zahl zu veranstalten. Nach kurzer Debatte werden die Anträge **Lorius** angenommen.

Rechtsgehen auf Fußsteigen

Freireligiöse Gemeinde.
Westbezirk.
Sonabend, den 11. Dezember 1/8 Uhr,
in Schleusia: **Erinner Jäger**
Lichtbilder-Vortrag
Die Menschwerdung.
Referent: Genosse **Erich Pernmann.**
Frauengruppe: Freitag, den 10. Dez.,
Vortrag bei Meister, Jahnstraße.

Gute Drucksachen
von der einfachsten bis zur geschmackvollsten, modernsten Ausführung in ein- und mehrfarbigem Druck liefert pünktlich für Gewerbe, Handel, Behörden und Private, auch in Massenaufgaben (hergestellt im Flachdruck sowie im Rotationsbetrieb) bei billigster Preisberechnung.
Leipziger Buchdruckerei A. S.
Leipzig, Teichow Straße 19/21 — Fernsprecher Nr. 72206

FREUNDIN ALLER
rauchenden Damen und Herren will **BERGMANN-PIGALLE** werden, die in Güte und Duftköstlichkeit führende 5er. Schwester der führenden 6er **BERGMANN-PRIVAT**. Sie werden **BERGMANN-PIGALLE** rauchend, mit Staunen feststellen, welcher Gipfel an harmonischem Aroma und lieblicher Süße aus edlen Provenienzen in ihr, trotz ihrer Wohlfeltheit, erreicht wurde. **BERGMANN-PIGALLE** ist eine Zielstation auf dem für richtig erwiesenen Bergmann-Weg. Wir wissen, daß die aufsteigende Mengenkurve unserer Erzeugnisse nur deren ebenmäßig hohen, nie schwankenden Gütelinie zuzuschreiben ist.

Konsum-Verein
Leipzig-Plagwitz u. Umg., e. G. m. b. H.

Zur Weihnachtsbäckerei empfehlen wir besonders:

Schmelzbutter, Prima	Pfund Mk.	2.30
Schmelzbutter, allerfeinste	"	2.60
Schmelzmargarine „Non plus ultra“	"	1.00
Schmelzmargarine „Real“	"	1.30
Schmalz, garantiert rein	"	—90
Kokosfett „GEG“, garantiert rein	1-Pfund-Tafel	—72
Kokosfett „GEG“, garantiert rein	1/4	—37
Zucker, Griß und Kristall	Pfund	—36
Zucker, Puder-Rafinade	"	—44
Mandeln, süß, verlesene sizilianische	"	2.20
Mandeln, bitter	"	2.30
Sultaninen, extra prima, fancy golden	"	1.15
Sultaninen I, Vouzla-Auslese	"	1.00
Sultaninen II	"	—74
Sultaninen III	"	—52
Korinthen, gereinigt und entstiolt	"	—56
Zitronat, großstückig	"	1.80
Amerikanisches Weizenmehl	"	—34
Diamantmehl	"	—36
Diamantmehl	5-Pfund-Beutel	1.90

Aus eigener Mühle:
Kavau-Stollenmehl 5-Pfund-Handtuch-Beutel Mk. 1.80
Kavau-Weizenmehl 5-Pfund-Leinen-Beutel „ 1.60
Weizenmehl 65er Pfund „ —28

Abgabe nur an Mitglieder!

BERGMANN
PIGALLE
5 PFENNIG
POETTER-ESSEN

Aus der Umgebung

el. Regau, Stadterordnungsung. Es werden zunächst für die Reparaturen in der Landwirtschaftlichen Schule 410 M., für Malerarbeiten im Ratstempel 145 M. und für die Befestigung der Schnittgerinne in der Bahnhofsstraße 1134 M. ohne jede Ausnahme einstimmig bewilligt. — Wie vorausgesehen war, wurde der Vorschlag des Ratsvorsitzenden, 150 Prozent Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer zu erheben, mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten abgelehnt. Die Bürgerlichen lehnten ab, weil angeblich ihre Wähler schon mit Steuern überlastet seien, die Kommunisten lehnten ab, weil die Steuer abwälzbar sei. Das ist eine bequeme Ausrufe. Tatsächlich haben die Kommunisten mit ihrem Vorschlag auch die Kreise geschont, die sehr wohl in der Lage sind, die Steuern zu tragen. — Die Erwerbslosen hatten einen Antrag um Gewährung einer Weihnachtshilfe eingebracht. Es sollten den Verheirateten 30 M., den Ledigen 15 M. gegeben werden. Dies erforderte eine Summe von 3015 M. Stadterordneter Voigtländer erluchte um Bewilligung der Summe, während Stadterordneter Waldapfel und der Bürgermeister sich dagegen aussprachen. Letzterer erklärte diesen Antrag für unangebracht und für die Gemeinde untragbar. Genosse Fiedler schlägt vor, die Summe als Darlehen bei der hiesigen Sparkasse aufzunehmen. Dem widerspricht der Bürgermeister. Der Antrag wird bei Stimmengleichheit abgelehnt. — Ein Kapitel für sich war die Beschwerde oder richtiger gesagt die Denunziation des aus der kommunistischen Partei ausgestiegenen Stadterordneten Uhlisch gegen den kommunistischen Stadterordnervorsitzer Häßelbarth. Derselbe soll in die Fraktionshungen, in den „kleinen Möhren“, die Uhlisch mitgenommen haben. Häßelbarth bezeichnet diese Anschuldigung Uhlisch als einen Raubakt, weil Uhlisch nicht wieder als Stadterordneter aufgestellt worden ist. Das Stadterordnerkollegium hatte keinen Geldschatz an der nicht niedrig genug zu hängender Handlungswelt des Herrn Uhlisch, der selbst nicht anwendend war, und ging über die Denunziation zur Tagesordnung über. — Die kommunistische Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, die Volkshäuser in dem früheren Umfang wieder zu eröffnen. Der Bürgermeister erklärte, daß der Antrag in dieser Form vollständig aussichtslos sei, da die Stadt die Zuschüsse nicht mehr leisten könne. Stadterordneter Voigtländer, dem jede kommunalpolitische Einsicht abgeht, greift in seiner erregten Rede auch die Sozialdemokraten an, weil diese in einem Wahlflugblatt den Kommunisten vorgeworfen habe, daß sie Schuld seien, daß die Volkshäuser eingegangen sind. Genosse Michalews wies darauf hin, daß die Kommunisten mit ihrer maßlosen Kritik an der Volkshäuser den Bürgerlichen das Material geliefert haben. Die ganze Kommunalpolitik der Kommunisten sei auf einem toten Punkt angekommen, weil sie fortwährend weitgehende finanzielle Anforderungen stellen, obwohl sie wissen, daß die Stadt nicht in der Lage ist, die Anträge durchzuführen. Ihre Haltung zu den Zuschüssen zur Grund- und Gewerbesteuer sei deshalb unverständlich. Nach längerer Aussprache wird der Antrag mit Stimmengleichheit abgelehnt. — Man nimmt Kenntnis von der Einstellung der Milchbeihilfe durch das Bezirksfürsorgeamt und stimmt einem Antrag des Genossen Fiedler zu, die Milchbeihilfe bis Ende Januar aus städtischen Mitteln zu bestreiten. — Ein weiterer Antrag des Erwerbslosenrates, den Erwerbslosen generell Kartoffeln und Beileite kostenlos zu verabreichen, entsetzt wiederum eine lebhafte Aussprache. Genosse Fiedler schlägt vor, die Kartoffelbelieferung nach dem Beschluß des Fürsorgeausschusses vorzunehmen. Diese Verteilung sei eine gerechtere als der Antrag bezweckt. Die Versorgung mit Feuerung sei bereits durch den Beschluß der Stadterordneten geregelt. Stadterordneter Voigtländer bezeichnet den Rat und das Bezirksfürsorgeamt als reaktionär. Er muß sich jedoch vom Bürgermeister sagen lassen, daß es die kommunistische Fraktion gewesen ist, die die Fürsorge dem Bezirk ausgetrieben habe. Die Stadt sei verpflichtet, sich an die Bestimmungen des Bezirks zu halten. Der Antrag wird bei Stimmengleichheit abgelehnt.

kw. Rüssen. Eine Veränderung in der Schule erregt immer das Interesse der Elternschaft. Nur muß das Interesse nach der der Sache entsprechenden Richtung gewandt sein. Mit Hinweis, daß es rührender schon so gewesen ist usw., fördert man eine Sache nicht. Man muß allerdings auch wissen, warum eine Sache zu fördern ist.

Die Umwandlung je einer zwei- und dreiklassigen Schule in eine fünfklassige Rüssener Schule scheint wirklich ein Fortschritt zu sein. Einige Erinnerungen der ehemaligen Schüler der vorherigen Zwergschulen und einiges Nachdenken wird das bestätigen.

Der Blichdichter.

Eine Erzählung von Max Herrmann (Kette).

7) **Rein,** er wollte ehelich sein; damals hatte er sich das gar nicht getraut, erst heute, in der lagenjämmerlichen Stimmung dieses gottverfluchten, lässlichen Städtchens war solche Grubelei seiner Herz geworden. Damals hatte er unbefangen ein Jahr nach dem andern heruntergelebt, ein Engagement nach dem andern absolviert, einmal besser, einmal weniger gut, aber alle auf dem gleichen einermagigen respektablen Niveau, hatte mit entzückenden oder halbwegs entzückenden Frauen zusammengeliebt, auch sie alle auf dem gleichen einermagigen annehmbaren Niveau. War manchmal sogar im Begriff gewesen, sich für immer zu verpflichten, das Angebot war so gut wie deßhalb, zuletzt sprang er doch immer noch, kurz vor dem Endtermin, ab. Denn er war zuerst und in allem immerzu Künstler gewesen, Blichdichter und Improvisator, alles, was das Leben bot, war nur dazu in Beziehung gesetzt und vom Standpunkte seines Berufes ausgenommen worden.

Historische Ereignisse hatten da weiter keinen Einfluß, als daß Kurt Rüpper sie in seinem Austritt zu wirkungsvoller Pointe ausbeuten konnte. So hatte er den Weltkrieg bestritten teils auf Gefechtsfeldern in der Etappe als Mitglied einer den Kampfeswilligen des Heeres stützenden Front-Variete-Truppe, teils im Engagement in der Wagdeburger „Libelle“, in Breslau bei Dieblich, im Berliner Wintergarten sogar als Patriot, der mit einem unflätigen Reime auf französische oder englische Staatsmänner, mit einer aufdringlichen Verwendung von Ausdrücken der Soldatenprache sich auf billige Weise den strammsten Beifall sicherte. Ebenso geschäftig heimste er in der kurzen Zeit, da Deutschland einen Ruck nach links zu nehmen schien, die größten Erfolge mit schreibart-radikalsten Äußerungen ein, war in der Lebergangsperiode zweckmäßig unentschieden, von einem milden Lavierer, machte Witze, die so oder so gedeutet werden konnten und keiner Partei wehtaten, um nun, da die alten Mächte wieder ans Ruden zurückgegriffen, energisch in ihrem Sinne zu reden und zu reimen.

War aber in jedem Stadium gleich unbefangen auf der Seite der Sieger, auf der Seite des Proletariats, ebenso wie er unwillkürlich gewisse Klängen fand, im Westen Berlins eine scharfe Sa-

In einer zweiklassigen Schule müssen jedesmal Kinder vier verschiedener Schuljahre zu gleicher Zeit unterrichtet werden. Da ist es nicht zu vermeiden, daß die Kinder viele Dinge jedes Jahre wieder mit anhören müssen. Das nimmt Zeit weg, die die Kinder zur Erarbeitung neuer Stoffgebiete verwenden könnten. Beträchtliche Teile der Stunde werden die Kinder mit eben oder früher Gelerntem beschäftigt (vielleicht länger als es sonst der Fall wäre), weil die anderen Kinder der Klasse mit etwas Neuem drankommen.

Fällt dem Lehrer die Einstellung auf die verschiedenen Kinder eines Lebensalters schon schwer, so ist das bei vier verschiedenen Schuljahren einfach unmöglich. Man stelle sich nur eine Lebensstundenstunde vor: die einen Kinder wollen noch Märchen hören, die andern (13jährige) denken schon über das Leben, seine Einrichtungen nach. Keine Gruppe der Kinder kann voll befriedigt werden

oder eine ganz und die andre überhaupt nicht. In einer fünfklassigen Schule werden alle diese Mängel beseitigt oder gemildert; denn dann sitzen nur noch in drei Klassen je einmal zwei Schuljahre beieinander. Auch die wöchentliche Unterrichtsstundenzahl kann erhöht werden. In einer Rüssener Klasse werden jetzt sogar 34 Stunden wöchentlich erteilt. Das sind so viele Stunden, wie sie manchmal an zweiklassigen Schulen bei d e K l a s s e n zusammen erteilt bekommen.

Für den, der die Vorwärtsentwicklung der Arbeiterklasse wünscht, ergibt sich also die Forderung: Jede feinere Gliederung der Schule ist zu fördern; denn sie vermehrt die Bildungsmöglichkeiten des Arbeiterkindes. Und Bildung ist, vor allem im Klassenkampf, Macht.

Verbrechen am Staat.

Spreitschiebungen und Vandalendiebstahl Millionen-Betrügereien.

Das Zollgrenzkommissariat für Berlin und Brandenburg ist abermals bedeutenden Spreitschiebungen im Reichsmonopolamt auf die Spur gekommen, durch die das Reich um mehrere Millionen Goldmark geschädigt zu sein scheint. Eine Reihe höherer Beamter und Angestellter der Monopolverwaltung soll in die Millionenverbrechen verwickelt sein. Das Innenmaterial, das vom Zollgrenzkommissariat dem Reichsfinanzministerium überwiesen worden war, ist von diesem bereits der Staatsanwaltschaft zugewiesen worden. Als besonders schwer belastet werden genannt: Regierungsrat a. D. Hans Benedek, Berlin, die Direktoren der Monopolverwaltung Max Steller und Hugo Horwich, die Angestellten der Monopolverwaltung Karl Hartmann, Karl Hoheneisel und Franz Graul, die in Linz a. Rhein wohnenden Kaufleute Heinz und Karl Blumenthal, der Kaufmann Heinz Burgardt in Honnef a. Rh., ferner die Kölner Kaufleute Peter, Heinrich, Josef und Karl Schwarz, schließlich der Brüsseler Kaufmann Schend und der belgische Kapitän Vincent, früher Angestellter beim belgischen Wirtschaftsministerium. Sämtliche Beteiligten werden des fortgesetzten Betruges, der schweren Urkundenfälschung, Beamtendechung und Abgabenhinterziehung beschuldigt.

Ein „schwerer“ Diebstahl.

In der Zeit vom Sonnabend bis Montag früh wurde im Reichsfinanzzeugamt in Berlin-Dahlem ein großer Einbruch verübt, wobei eine Beute im Gesamtwert von rund 400 000 Mark in die Hände gefallen ist. Von den Tätern fehlt einstweilen jede Spur. Auf ihre Ergreifung wurde eine Belohnung von 3000 Mark und 10 Prozent für die Herbeischaffung der gestohlenen Wertgegenstände — Zigarettenbanderolen zu 2, 3 und 4 Pfg. für Hundert-Packungen von Zigaretten — ausgesetzt.

Dem Reichsfinanzzeugamt obliegt die Versorgung sämtlicher deutschen Finanz-, Zoll- und Steuerämter mit Wertgegenständen und Vandalendiebstahl. Diese Wertgegenstände werden in der Reichsdirektion hergestellt und dann vom Reichsfinanzzeugamt übernommen. In den Lagerräumen, die im dritten Stockwerk untergebracht sind, befinden sich Werte von mehreren Millionen Mark. Diese Räume sind mit allen erdenklichen Mitteln gegen Einbruch geschützt. Der Einbruch kann also nur durch ortkundige Personen unternommen worden sein, die genaue Kenntnis von den Räumen und von der Art der Bewachung und Sicherung hatten. Es müssen mehrere Täter gewesen sein, denn die gestohlene Beute hatte ein Gewicht von 25 bis 3 Zentner.

Opfer der Arbeit.

Mittwoch mittag wurden zwei Streckenarbeiter in der Nähe des Berliner Bahnhofs, Kottbusstraße, von einem Zuge der elektrischen S-Bahn erfasst und sofort getötet. Durch den Rausch einer Ringbahnlokomotive war den Arbeitern das Herannahen des elektrischen Zugs verborgen geblieben.

U. Salzburg, 9. Dezember.
Bei den Salzach-Regulierungsarbeiten stürzte ein 30 Meter langer und 15 Meter hoher Wehrkopf ein. Unter den Trümmern wurden 13 Arbeiter begraben. Zwei sind tot, vier schwer und sieben leichter verletzt.

Der Tod der Tänzerin.

Im Rahmen des Dezemberprogramms trat auf der Bühne des Wintergartens in Berlin eine Tänzerin Njosa auf, die jetzt auf furchtbare Weise ein Opfer ihres Berufes geworden ist. Auf der Suche nach Neuerungen verfiel diese Tänzerin auf den unglücklichen Gedanken, ihren Körper mit einer Bronzeinktur zu bedecken, um den Eindruck einer lebenden Bronzestatue hervorzuufen. Vor einigen Tagen erkrankte Njosa unter eigenartigen Blutergüßerscheinungen. Die seinen Bronzeteilchen waren in eine geringfügige Hautverletzung geraten und hatten dort durch Grünspanbildung die furchtbare Infektion hervorgerufen. Die Tänzerin ist dieser Vergiftung erlegen.

Brand des Königspalastes in Bukarest.

W.B. Bukarest, 8. Dezember.
Heute um Mitternacht ist in dem inmitten der Stadt gelegenen Königspalast, in dem die Kanzlei und die Empfangsräume sich befinden, Feuer ausgebrochen. Das Hauptgebäude mit dem Thronsaal und den Empfangsräumen ist vom Feuer zerstört worden. Die Seitenflügel konnten gerettet werden. Es ist gesungen, das gesamte Mobiliar zu bergen.

Schweres Eisenbahnunglück in der Mandschurei.

U. London, 9. Dezember.
Einem Bericht aus Mukden zufolge, wurden bei einem Zusammenstoß auf der Südmandschurischen Bahn zwischen einem Passagierzug und einem Güterzuge 25 Passagiere getötet und 54 schwer verletzt.

Wem gehören die Falklands-Inseln?

Es ist wenig bekannt, daß die politische Zugehörigkeit der Falklands-Inseln, die im Weltkrieg durch den Untergang der deutschen Flotte bekannt geworden sind, noch immer umstritten ist. Obwohl die Inseln vor annähernd 150 Jahren von Spanien an England gegeben worden sind, hat die argentinische Regierung doch von Zeit zu Zeit das Bestrecht über diese Inseln immer wieder beansprucht. Und zwar stützt sich dieser Anspruch darauf, daß erst 1833 von England ein Gouverneur über diese Inseln ernannt worden sei, während von Buenos Aires aus nach der Abfertigung des spanischen Jochs in der Zwischenzeit Vermaister über diese Inseln eingesetzt worden seien. Die in diesen Tagen erfolgte Ernennung eines neuen englischen Gouverneurs hat die Streitfrage wieder aufleben lassen, und englischerseits erwartet man jetzt einen Schritt Argentiniens beim Völkerverbund, der die Bestreuerhältnisse über die Falklands-Inseln endgültig klären soll.

ttre auf die Hakenkreuzer, in Kolberg antisemitische Ausfälle wagte, in Familienkreisen sich streng bezogen und albern hielt, in mondänen Kabarets mit der gewünschten parfümierten Robelote aufwartete. Immer war er jedenfalls mit der Majorität im Einklang, ein wichtiger Kulturfaktor, eine Stütze der Weltentwilderung, sie komme, wie sie kommen mag, in seinem bescheidenen Wirkungskreis ein Klassiker, der beliebten Kapazitäten des Geistes gleichwertig. Wie sie auch bisher immer höher emporsteigend, in der Sonne des Ruhmes, ohne davon Kenntnis zu nehmen und Bewußtsein zu haben, daß man auch dem Geisch des Alters unterworfen ist und sich langsam überlebt.

Nach hatte Kurt Rüpper ein Kenomnee, brauchte er um günstige Angebote nicht besorgt zu sein, galt er neben Steinhilf, Förster, Otto Wademar, Josef Baar als Meister seines Fachs. In Provinzialstädte war er doch schon öfters engagiert worden, als Hauptzugkraft und Sensationsnummer, verhielt sich, — warum lächelte ihn auf einmal der Aufenthalt in diesem lässlichen Städtchen? Die politische Atmosphäre hier hätte seiner Entscheidung einfließen müssen; der Ort wählte zwar durch die überwiegende Stimmzahl der Arbeiterbevölkerung sozialistisch, aber in den Straßen machten sich die Träger völkischer Absichten breit und in den Vergnügungsorten verkehrte ein solches Publikum, das sich aus den paar Klauen der Fabrikherren, Großkaufleute, Geschäftsinhaber und den Stammtischen des herrlichen Mittelstandes zusammenschleifte. Aber den Kurt hatte von vornherein der ganze Betrieb hier verbissen.

Das Kabarett war im Saale eines gewöhnlichen Wirtshauses eingerichtet, der bisher zu Versammlungen, Vereinstreffen und dem üblichen Sonntagstanzfränzchen gedient hätte. Die Bühne sah demgemäß sehr primitiv aus, es gab für die Künstler keine besondere Garderobe, sie mußten sich bis kurz vor ihrem Auftreten im Wirtszimmer aufhalten, wo sie den plumpen Vertrauensleuten der Stammgäste und auch des völlig ehrfurchtslosen Budisterpaars ausgesetzt waren. Der erste Abend war gleich eine Fülle von verdrücklichen Erlebnissen gewesen. Er hatte sich etwas zeitiger eingefunden, um in der neuen Umgebung sicher zu werden, und war sofort vom Wirt gönnerhaft so behandelt worden, als wäre er ein Kaffauer, dem man möglichst gründlich den Wanst füllen müsse. Kurt war direkt vergewaltigt worden, eine Riesenportion ihm unbeförmlicher Erbsen mit fettem Schweinefleisch zu verzehren.

Dann wurde er fatal ungebildeten Stammtischlern, die anscheinend seit früh schon Karten spielten, hanebüchen offeriert als „unter neues Unikum, eine tolle Nummer, die müssen Sie sich mal anschauen, Herr Kresshammer“ und „Da wirke vielleicht faden, Baulchen!“.

Dann hatte der Kloßgilde der Runde sich als Kumpfermeister Kutische vorgestellt, sich jovial herabgelassen: „Na, da wollen wir ihm mal die Kehle schmirzeln!“ und ohne zu fragen, ob und was Kurt tränke, einen Fußel schlimmster Sorte vor ihn setzen lassen. Später waren die Kabarettbesucher allmählich eingetroffen, sie alle mußten am Büffet vorbeigehen und wurden dort erst vom animierenden Wirt empfangen, und einem trühnwilligen Ehepaar hatte auf seine bespöttelnde Frage: „Wo ist hier das Dingelbangel?“ der Restaurateur besonders höflich dienend den Weg gewiesen. Nach und nach trafen auch die Kollegen und Kolleginnen ein. Da Kurt als Improvisator keine Probe brauchte, war er um die Generalmusterung am Vormittag gekommen, jetzt stellte sich heraus, daß er noch nie während seiner ganzen Laufbahn einem derart dürftigen Ensemble zugehört war. Und er war doch schon allerlei gewöhnt, die schwächsten Aushilfsnummern der Hundstagenprogramme in Berlin, die billigen Füllsel der Sommerfaisen in schlesischen und Ostsee-Bädern, aber das hier blieb schon die blamabelste Sippe! Ein Jüngling, der als Damenimitator schmalkige Lieder sang und mit hochgehobnem Köpfchen tanzte, sprach ihn gleich plump vertraulich „Na Häschchen, wo kommst denn du her?“ an, eine „Russische Tänzerin“ entpuppte sich als Paula Wierent aus Plauen, der Conferancier war ein verkränkter Offiziersstellvertreter und machte ihm mit einer aufdringlichen (peinlich aufdringlichen) antisemitischen Prozedur empfindlich Konkurrenz, abgelehnt davon, daß er ihn einfach perfid anfragte, so mit nicht zu fassenden, unterirdischen, durch eine Grimasse unterstrichenen Sticheleien. Und das einzig sympathische Mitglied, das „musikalische Wunder Mann Marx“, eine ehemalige Münchner Kellnerin, eine bescheidene, gemüthliche Person, die auf einer Babypuppe wie auf einer Ffötte „Wer uns getraut“ hles und einer Nippuppe unter taktmäßigem Gelächel auf den Bopo (das Schluß- und Glanzstück ihres Repertoires) das Ehrhardtlied entlockte, war leider fessam veranlagt und wurde sofort nach Beendigung ihres Auftritts von einer Heroine abgeholt, die wie ein Kürassierschwabel in Weißberkleidung auswich und einen heillosen Respekt einflößte.

(Fortsetzung folgt.)



MAGGI

Praktisches Weihnachtsgeschenk:

MAGGI Würze, MAGGI Suppen in Würfeln, MAGGI Fleischbrühwürfel.

Bergleute.

Ein Gedicht von Kurt Klüber.

Der Empörer.

Er war nur einer aus den dunklen Massen...

Er brach aus ihrer Mitte wie in Flammen...

Er war auch in der Stunde kein Empörer...

Das dunkelfarbige Geheimnis.

Von J. M. Palmatini.

Der höchst peinliche Vorfall hatte sich folgendermaßen ereignet:

Die Fürstin Katinsky hatte, tiefbeunruhigt, den Vorfall schleunigt der Königin berichtet...

Die Fürstin Katinsky hatte, tiefbeunruhigt, den Vorfall schleunigt der Königin berichtet...

„Was ist geschehen, Maria? Du hast den Prinzen stoßen lassen.“

„Anständig...“ (Das Mädchen brach in Tränen aus.)

„Ach, Anstalt! Was kann schon gewesen sein? Der Prinz Heinrich ist so ein feiner, netter Mensch...“

„An ihm liegt es ja garnicht... Es hängt garnicht mit ihm zusammen...“

„Womit denn — Geh, bring mich nicht auf... Wer weiß, was der König dazu sagt! Ich muß ihm doch die Wahrheit sagen...“

„Bedenke, das Haus Mazedonien ist so zart besetzt, und es gibt noch Gott weiß wieviel Kanten abzuschleifen...“

„Bersteh, Mama, aber es ist unmöglich... Es ist eine diskrete Angelegenheit...“

„Sag mir wenigstens, welcher Art... worum es sich handelt.“

„Am weiser garnichts... Der Prinz hat sich stets durchaus korrekt benommen...“

Da die Königin sah, daß ihre Beharrlichkeit vergebens war, begab sie sich zum Könige...

Seine Majestät wollte in seinem Studierzimmer, das in gleicher Höhe mit dem Garten lag...

„Ich will die Wahrheit wissen! Ich muß sie wissen! Das ist eine höchst peinliche Angelegenheit...“

Während die Königin sich anschickte, den Befehl auszuführen, trat ein Kammerherr ein...

„Was gibts?“

„Majestät, der Flügeladjutant Ihrer Königl. Hoheit, des Prinzen Heinrich von Mazedonien, bittet Euer Majestät, ihn empfangen zu wollen.“

„Da sind wir schon!“ knurrte der König und versteckte seine Pfeife hinter einem Bücherstapel...

Der Flügeladjutant, der überaus kurzschichtig war, näherte sich in dem ungewohnten Halbbüchel des Studierzimmers...

„Entschuldigen Sie, wo wollen Sie denn hin?“

„Ich bitte Euer Majestät um Verzeihung... Ich komme aus der Sonne...“

„Wo?“ fragte der König nervös.

„Nun wohl, Majestät werden bereits um den höchst ersten Zwischenfall wissen, der sich heute ereignet hat...“

unrühlich ihrer erhabenen Gegenwart herab hat. Ein so erleuchteter Fürst wie Euer Majestät wird die außerordentliche Tragweite der Tatsache einsehen.

„Mein lieber General,“ entgegnete der König und betrachtete die Partysche, die er mit der Rechten zwirkelte.

„Mit dieser ungeduldrigen Frage unterbrach sich der König, weil der Angeredete sich unbeherrschert vorgebeugt hatte...“

„Ach, Donnerwetter, das Tintenfaß ist umgefallen! Ich bitte Sie um Entschuldigung, General; vorhin, in einem Augenblick der Gerechtigkeit, habe ich es tanzen lassen.“

„Läutete Johann dem Kammerherren und befahl: „Führen Sie den General in mein Ankleidezimmer, damit er sich umziehen kann.“

Der mazedonische Flügeladjutant verbeugte sich und dachte die Fäden mit dem Taschentuch zu.

„Gehen Sie, gehen Sie, General, machen Sie sich sauber!“

Als der Flügeladjutant sich im Vorbeigehen detart maskierte in einem Spiegel erblickte, verbeugte er sich verwirrt.

„Güte dich, Amalia! Du hast mir beim Eoanellium geschworen, niemand, nicht ein a n b lag ich, die Ursache zu meiner Flucht von der Veranda anzuvertrauen.“

„Hohel können beruhigt sein, ich plaudere nicht. Sie wissen, ich bin Ihnen ergeben.“

„Still, still, rede nicht davon!“

Der Flügeladjutant, der, wenn er auch kurzschichtig war, doch ein ausgezeichneter Gehör hatte, wurde zum Lauscher.

„Güte dich, Amalia! Du hast mir beim Eoanellium geschworen, niemand, nicht ein a n b lag ich, die Ursache zu meiner Flucht von der Veranda anzuvertrauen.“

„Hohel können beruhigt sein, ich plaudere nicht. Sie wissen, ich bin Ihnen ergeben.“

„Still, still, rede nicht davon!“

Der Flügeladjutant, der, wenn er auch kurzschichtig war, doch ein ausgezeichneter Gehör hatte, wurde zum Lauscher.

„Güte dich, Amalia! Du hast mir beim Eoanellium geschworen, niemand, nicht ein a n b lag ich, die Ursache zu meiner Flucht von der Veranda anzuvertrauen.“

„Hohel können beruhigt sein, ich plaudere nicht. Sie wissen, ich bin Ihnen ergeben.“

„Still, still, rede nicht davon!“

Der Flügeladjutant, der, wenn er auch kurzschichtig war, doch ein ausgezeichneter Gehör hatte, wurde zum Lauscher.

„Güte dich, Amalia! Du hast mir beim Eoanellium geschworen, niemand, nicht ein a n b lag ich, die Ursache zu meiner Flucht von der Veranda anzuvertrauen.“

„Hohel können beruhigt sein, ich plaudere nicht. Sie wissen, ich bin Ihnen ergeben.“

„Still, still, rede nicht davon!“

Der Flügeladjutant, der, wenn er auch kurzschichtig war, doch ein ausgezeichneter Gehör hatte, wurde zum Lauscher.

„Güte dich, Amalia! Du hast mir beim Eoanellium geschworen, niemand, nicht ein a n b lag ich, die Ursache zu meiner Flucht von der Veranda anzuvertrauen.“

„Hohel können beruhigt sein, ich plaudere nicht. Sie wissen, ich bin Ihnen ergeben.“

„Ja, ich weiß alles... Der Fleck... am Hand...“

Claude Monet.

Schöndachtigjährig ist der letzte der großen Meister der französischen Malerei, die man als Impressionisten bezeichnete, gestorben.

Die erste Begegnung mit Bildern Monets machte Monet zum Anhänger der Freisichtparole, und er ist es gewesen, der sie konsequent ausbaute und die heute schon klassische impressionistische Technik begründete.

Monet war Pariser, aber doch hat er als Maler nie in Paris gelebt.

Die letzten Jahre seines Lebens konnten seinen Charakter nicht verbiegen und zu Konzessionen bewegen, er hat durchgehalten, er war auch ein Mensch großen Formats.

Kleine Chronik.

Dihello und Desdemona. Für den erkrankten Kärntner spielte sein Kollege vom Berliner Staatstheater, Theodor Becker (ehemals in Dresden) den Dihello.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

„Wir wollen immer Kameraden sein“, Roman von Felix Moeschlin.

Leipziger Angelegenheiten

Leipzig, 9. Dezember.

Ueberfluß an Hoflieferanten.

Mangel an Hofhunden.

Ein Leser unseres Blattes, der mit offenen Sinnen durch die Straßen wandelt, machte kürzlich eine amüsante Entdeckung. Am Hause Weststraße 20 war ihm über dem Haussturz ein Schild aufgefallen, das folgende Aufschrift trug: Tapezierer Ernst Richter, Hoflieferant Seiner Maj. des Königs.

Was dieser Herr Hoflieferant Seiner Maj. dem König tapeziert hatte, verriet das Schild leider nicht, obwohl auch das der königlichen Welt nicht sicher nicht minder wertvoll gewesen wäre. Vielleicht bringt der Herr Hoflieferant das schön verpackte Geheimnis auch noch ans breite Licht der Öffentlichkeit.

Über kommt ein Unglück selten allein, die Entdeckung von Hoflieferantenschildern wurde unserem aufmerksamen Leser an diesem Tage zum Massenergebnis. Peterssteinweg 5: Wilhelm Braune, Ledermwaren, Sportartikel, am Schaufenster in Goldschiff: Hoflieferant. Im Hause Schillerstraße, Ecke Neumarkt: Carl Loose, Damen- und Herrenpelze, Staats- und Militäruniformen, Königl. Hoflieferant. Goethestraße 1 (Augustusplatz): Hofatelier Pieperhoff. Goethestraße 7: Karl Müller u. Co., Hoflieferanten, Hof-Deforateure. Goethestraße, Schauffseite nach dem Brühl: Cafe Reichstanzler, Fürst Reichstanzler, Hof-Konditorei. Blücherstraße 4, am Hotel Sedan prangt noch das Schild: „Kaiserlicher Automobil-Club“. Markt, Grimmlische Straße, Altes Rathaus: Heinrich Schneider, Hofjuwelier.

Es ist also noch alles da; alles feinste Friedensware. Fehlt nur noch der Hofhund, der all das höfische Geschmeiß ein für alle mal zum Teufel jagt.

Kinderheim Dürrenberg.

Die Heimgeschäftsstelle der Stadt erstattete den Bericht über das Leipziger Kinderheim Dürrenberg (Stadttrat Otto Wehner-Eißling). Der Bericht erstreckt sich insoweit Verlesung des Geschäftsjahreschlusses über einen Zeitraum von 1 1/2 Jahren. In dem Heim werden körperlich zurückgebliebene Kinder etliche Wochen verpflegt, um sie zu kräftigen. Dreimal in der Woche gingen sie ins hantliche Solbad, jeden Tag längere Zeit nach dem Grabberwerf. Auch viele Spaziergänge und kleinere Ausflüge wurden unternommen. Die Zahl der insgesamt verpflegten Kinder betrug in den 15 Monaten 900. Eine höhere Verlegung war wegen Platzmangel nicht zu erreichen. Seit Eröffnung des Heimes (Mai 1906) wurden 8999 Kinder dort verpflegt. Die Zahl der Verpflegstage betrug in dem Berichtsjahre insgesamt 37 800 gegen 17 304 im Jahre 1924.

Durchweg ist den Kindern der Aufenthalt in dem Heim außerordentlich gut bekommen. Einen kleinen Anhalt für die Beurteilung der Wirkung der Kurzen gibt die Gewichtszunahme der Pfleglinge, wenn auch aus dieser allein sich die Wirkung nicht erkennen läßt. Die Gewichtszunahmen der Kinder betragen:

Table with 4 columns: Anaben, Mädchen, zusammen, and a row for 'nichts bei'.

Die Gelder wurden aus Mitteln des Haushaltsplanes der Stadt Leipzig aufgebracht. Insgesamt waren 73 970,86 Mark erforderlich. Auch von privater Seite wurden verschiedentlich Zuwendungen gemacht. Ferner hat die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Verpflegung der Kinder ihrer Mitglieder pro Tag 50 Pfg. insgesamt 8827 Mark beigetragen. Andere Krankenkassen schlossen sich diesem Vorhaben an. Aus verschiedenen Einnahmen, Geschenken ausgeschossen, flossen dem Unternehmen 4115 Mark zu. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 89 200,00 Mark.

Bevorschussung der aufzuwertenden Spartasenguthaben.

Die Stadtverordneten hatten in einem Beschluß den Rat ersucht, die Höchstgrenze für Bevorschussung der Einlegerguthaben bei der Städtischen Sparkasse auf 250 Mark festzusetzen und zu prüfen, welche Erleichterungen hinsichtlich der Altersgrenze zugestanden werden können und weiter beschließen, daß die Bevorschussung der Einlegerguthaben nur für solche Personen in Frage kommen solle, deren Jahreserwerb 4000 Mark nicht übersteigt.

In einer Drucksache teilt der Rat den Stadtverordneten mit, daß schon vor dieser Beschlußfassung Vorbereitungen getroffen worden seien, um die Auszahlungsgrenze für aufgewertete Spartasenguthaben zu erweitern. Soweit die Mittel aus den Zinsen der Aufwertungshypotheken ausreichen, sollen sie den Aufwertungsgläubigern zur Verfügung gestellt werden. Bei der großen Zahl der Papiermarkspartikonen — es sind dies ca. 500 000 — könnte die Sparkasse jedoch nur Schrittweise vorgehen, da keinerlei Anhaltspunkte dafür gegeben seien, welche Erfolge die Umrechnungsarbeiten, die mindestens noch bis Ende 1927 dauern werden, d. h. welche Summen sich bei der Umrechnung für die Spargläubiger ergeben. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache hat die Sparkasse die Altersgrenzen für Auszahlungen von Spartasenguthaben auf 55 Jahre herabgesetzt. Weiter hat die Sparkasse aber auch, um ihren Papiermarkgläubigern, soweit es geht, entgegenzukommen, bei allen über 45 Jahre alten Personen auf die Prüfung einer Bedürftigkeit verzichtet, so daß die Auszahlungen jetzt ohne weiteres an alle Personen erfolgen, die dieses Alter nicht erreicht haben. Darüber hinaus ist aber auch die Sparkasse ermächtigt worden, in Fällen besonderer Notlage, die durch Krankheit, Geburt, Tod oder Unglücksfall hervorgerufen ist, ausnahmsweise auch unter die Altersgrenze von 55 Jahren heruntorzugehen. Damit erledigt sich der Antrag der Stadtverordneten hinsichtlich der Grenze des Jahreserwerbs von 4000 Mark, da ja die Prüfung einer Bedürftigkeit bei allen über 55 Jahre alten Personen überhaupt nicht mehr stattfindet.

Dagegen sei die Sparkasse nicht in der Lage, die Höchstgrenze der Bevorschussung auf 250 Mark festzusetzen, weil dadurch Anforderungen an den Aufwertungskost gestellt würden, die dieser nicht erfüllen könne. Das äußerste, was die Sparkasse zur Zeit bei den vorhandenen Mitteln verantworten könne, sei die Festsetzung der Höchstgrenze auf 125 Mark für die einzelne Person und deshalb sei dieser Betrag bis auf weiteres als Höchstgrenze angenommen worden.

Sorgt für Erhaltung der Anwartschaften.

Wichtig für erwerbslose Arbeiter und Angestellte.

Das neue Gesetz zur Aenderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge verpflichtet die Gemeinden, aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge die Beiträge zu entrichten, die zur Erhaltung der Anwartschaft in der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftlichen Rentenversicherung für die Erwerbslosen notwendig sind. Das gilt sowohl für die allgemein in Erwerbslosenfürsorge wie auch für die Krisenfürsorge. Damit ist eine alte Forderung der sozial-

Die Schülerleistungen in Leipzig.

Dumpe Keller als Speiseräume — Schleusendünste als Zugabe.

Die Leipziger Schülerleistungen haben in ihrer Teilnehmerzahl heute eine gewisse Stetigkeit erreicht. Nachdem in der Woche vom 8. bis 13. März 1926 die Höchstziffer von 24 413 Teilnehmern erreicht war, bewegt sich in den letzten Wochen die Teilnehmerzahl zwischen 21—22 000. Es ist festzustellen, daß die Schülerleistungen in Leipzig im Gegensatz zu anderen Großstädten auf Grund sozialistischer Anträge im Stadtverordnetenkollegium einen erfreulichen Umfang erreicht haben. Leider stellen sich aber dem weiteren Ausbau dieser Einrichtung noch immer fast unüberwindliche Hindernisse örtlicher und räumlicher Art entgegen. Wiederholt hat sich die Fraktion auch mit dieser Frage beschäftigt und den Antrag gestellt, Kellerräume sind als Speiseräume zu vermeiden. Das Schulamt hat sich die Sache insofern leicht gemacht, als es den Schulleitungen die Entscheidung darüber, welche Räume als Speiseräume zur Verfügung gestellt werden sollen, überlassen hat, ohne den Schulen, die noch in der Lage waren, Klassenzimmer zur Speisung zu verwenden, diese sicherzustellen. Im Gegenteil, die Raumnot höherer Schulen hat es mit sich gebracht, daß in einzelnen Volksschulen die Speisezimmer wieder mit Kellerräumen veräußert werden mußten.

Nach unseren Feststellungen bietet eine Uebersicht über die Speiseräume folgendes Bild: An 22 Volksschulen müssen noch Kellerräume verwendet werden, 6 Schulen benutzen Korridore und 11 Turnhallen und Schulsäle. Nur ein knappes Drittel aller Volksschulen kann die Speisung in Klassenzimmern durchführen. Nun ist in bezug auf die Kellerräume zu bemerken, daß diese nicht unter allen Umständen als ungeeignet zu verwerfen sind. Es gibt darunter einzelne Räume, die sauber ausgeputzt, hell und freundlich wirken und viel mehr für diesen Zweck geeignet sind als die kalten Korridore, besonders der Schulen, die Ofenheizung haben und wo fast jede Sitzgelegenheit fehlt. Zu beanstanden sind selbstverständlich jene dunklen, dumpfen und staubigen Keller, wie sie als Speiseräume z. B. in der 50., 56., 42., 18., 12. und besonders in der 38. Volksschule (Gohlis, Breitenfelder Straße) zu finden sind. Dort liegen die Verhältnisse genau so wie in der 40. Volksschule, ehe dieser Keller hergerichtet wurde, und auf die vor einiger Zeit bereits hingewiesen worden ist. Wir erwarten, daß dieser Fall ebenso prompt erledigt wird, wie es an der 40. Volksschule geschehen ist. Den schlimmsten Eindruck wird aber jeder, der einigermaßen empfindliche Geruchsnerven hat, von dem Speiseraum der 29. Volksschule (Stötteritz, Weisestraße) bekommen. Dieser Raum ist an sich schon einzig in seiner Art. Man hat das ehemalige Gemeindepflichthaus, das in die Schule mit eingebaut ist und heute leer steht, zum Speisezimmer erhoben. Es ist zuzugeden, daß in untern Schulen unter heutigen Verhältnissen jeder leere Raum Verwendung findet. Aber nur nicht in diesem Zustande und möglichst nicht zu diesem Zwecke! Der Raum ist durchaus Spritzenhaus geblieben, lüft, nästern und ohne jede Sitzgelegenheit. Das schlimmste ist aber ein ganz unerträglicher Schleusenegeruch, der nicht wegzubringen ist und den Kindern jeden Genus an Frühstück verderben muß. Tugend ein Abzugsrohr oder wie der technische Ausdruck dafür lautet mag, mündet in diesem Raum und ist der Urheber des widerlichen Geruchs. Man bedenke, ca. 300 Kinder atmen diese Dünste ein und verzehren dabei ihr Frühstück. Hier helfend einzugreifen, ist neben den anderen amtlichen Stellen auch

der Schularzt berufen. Und wie der Stadtschulrat Erstreuliches berichten konnte in seinen Aufzeichnungen über die örtliche Erholungsstätte Leipziger Schulkinder während der großen Ferien, so wird er einem größeren Teil dieser Kinder nützen können, wenn er sich einmal zusammensetzt über die ungeeigneten Speiseräume an Leipziger Volksschulen äußern würde.

Die Beteiligung an den Speisungen wird selbstverständlich beeinflusst von der Art der Bevölkerung der Schulbezirke. Schulen in Stadtteilen mit starker Arbeiterbevölkerung weisen naturgemäß auch eine größere Teilnehmerzahl auf, die sich in den Grenzen 500—800 bewegt. Die höchsten Ziffern — ca. 800 — erreichen die 52. Volksschule (Kleinbischer) und die 23. in Rodau, jede mit einer Schülerzahl von rund 1150 Kindern. Auffallend ist es allerdings, wenn in der 42. Volksschule (Vindenu) von 1200 Kindern nur 180 speisen. In der Mehrzahl aller Leipziger Schulen differiert die Beteiligung zwischen 20—45 Prozent.

Mit ganz wenig Ausnahmen wird das Frühstück in der heutigen Form von den Kindern gern genommen, soweit nicht Milch in Frage kommt. Diese ist leider recht wenig beliebt. Gewisse Mängel, die sich bei einer Massenbeschaffung und bei längerem Stehen gewärmter Milch in Blechkannen herausstellen, lassen sich heute eben noch nicht beseitigen. Nach unserer Erfahrung hält aber die Milch einer Prüfung in bezug auf Fettgehalt, soweit Proben zu erlangen waren, durchaus stand. Vielleicht würde die Milch mehr Anklang finden, wenn alle Schulen dazu kämen, pasteurisiertes Gebäck dazu zu geben. Gerade Kinder begrüßen jede Abwechslung, und wenn sie einmal Zwieback, ein andermal Hähnchen zur Milch bekommen, werden sie diese sicher lieber trinken, als mit der alltäglichen trocknen Semmel als Beigabe.

Daß die Schülerleistungen trotz der unzulänglichen Verhältnisse einen recht beachtenswerten Umfang angenommen haben, ist nicht zuletzt der bereitwilligen Mitarbeit der Schulleitungen zu danken, die trotz aller Unbequemlichkeiten und trotz vermehrter Arbeit den fürsorglichen und sozialen Sinn dieser guten Sache erkannt haben. Sie finden sich reichlich belohnt für ihre Mühe, wenn sich der Erfolg der Schülerleistung an den Kindern zeigt und diese nach den Worten der Lehrer frischer und munterer aussehn und lebhaft mitarbeiten im Unterricht. Nach ist aber ein weiter Weg zurückzulegen bis zu unserm Ziel der obligatorischen Schülerleistung, denn auch die heute noch gültige Lösung in bezug auf die Raumfrage, die Speisung in Klassenzimmern, ist hygienisch und schulisches immer noch unerträglich. Größere Mengen speisender Kinder sind in den wenigen Klassenzimmern, die ausschließlich den Speisungen dienen, nicht unterzubringen. Wird Klassenweise in Unterrichtsräumen gespeist, so ist der Geruch des Essens Stundenlang nicht aus den Zimmern herauszubringen. Um zu einer einwandfreien Lösung dieser Frage zu kommen, ist es notwendig, in jedes neue Schulgebäude einen Speisesaal einzubauen und nach und nach, sobald eine Volksschule räumlich entlastet wird, auch dort nur für diesen Zweck bestimmte, genügend große Speisezimmer zu schaffen, wo alle Kinder in Ruhe und Behagen ihr Frühstück und gewiß auch einmal ihr Mittagessen verzehren können. Die halb ängstliche, halb entsetzte Frage einer christlichen Elternvertreterin bei einer Schulbegehung: „Ja, soll den so weiter gehen mit den Schulleistungen?“ — soll ihre Antwort haben, aber in unserm Sinne. Ja, es soll so weiter gehen in Fester, immer ruhender Arbeit bis zum Endpunkt dieser Entwicklung, der obligatorischen Schulleistung!

demokratischen Reichstagsfraktion, wenn auch nicht vollständig, erfüllt.

Zur Erhaltung der Anwartschaft in der Invalidenversicherung müssen im Verlaufe von zwei Jahren nach dem auf der Aunwartschaftsliste verzeichneten Ausleistungstage mindestens 20 Wochenbeiträge gezahlt werden. Jeder Erwerbslose, der in der Invalidenversicherung versichert war, muß deshalb sofort an Hand seiner Aunwartschaftsliste prüfen, ob der Verlust der Anwartschaft droht; er muß in diesem Falle unverzüglich von der Gemeinde verlangen, daß die notwendigen Beiträge gezahlt werden.

Für die erwerbslosen Angestellten ist der 31. Dezember dieses Jahres ein kritischer Termin. Nach dem Angestelltenversicherungsgezet gilt die Anwartschaft bis zum 31. Dezember 1923 aufrechterhalten. Wer nach diesem Zeitpunkt keine Beiträge oder nicht die genügende Anzahl von Beiträgen geleistet hat, verliert seine Anwartschaft. Angesichts der langandauernden Stellenlosigkeit bei den Angestellten wird das sehr häufig der Fall sein.

Die zur Erhaltung der Anwartschaft in der Angestelltenversicherung notwendigen Beiträge für das Jahr 1924 müssen bis spätestens Ende dieses Jahres gezahlt werden. Es sind mindestens zu zahlen in den ersten vier Kalenderjahren, die dem Kalenderjahr, in dem der erste Beitragsmonat zurückgelegt worden ist, folgen, acht Monatsbeiträge, später vier Monatsbeiträge. Auch hier muß von den erwerbslosen Angestellten dafür Sorge werden, daß die Gemeinden die erforderlichen Beiträge unverzüglich entrichten.

Die Rechte aus der knappschaftlichen Pensionsversicherung erlöschen, wenn der aus der Versicherung ausgeschiedene innerhalb Jahresfrist die Anerkennungsgeldhöhe nicht zahlt. Die knappschaftsversicherten Erwerbslosen müssen deshalb dafür sorgen, daß die Gemeinden die Anerkennungsgeldhöhe rechtzeitig entrichten.

Der Reichsarbeitsminister hat im Reichstag erklärt, sofort Anweisungen herauszugeben zu lassen, damit die öffentlichen Arbeitsnachweise die erforderlichen Maßnahmen treffen, um den drohenden Verlust von Versicherungsansprüchen zu verhindern. Es muß erwartet werden, daß die öffentlichen Arbeitsnachweise schon jetzt die notwendigen Vorkehrungen treffen.

Zombolose sind steuerpflichtig.

Nach einer Reichsbescheinigung unterliegen Auspielungen von Geld oder Gegenständen in Form sogenannter Zombolen nach § 1 Abs. 2 Ziffer 2 des 58. Reichsgesetzes zur Steuerordnung für die Stadt Leipzig der Vermögenssteuer, gleichviel, ob es sich um öffentliche oder nichtöffentliche Veranstaltungen handelt. Die bei solchen Auspielungen zu verwendenden Lose sind ausschließlich vom Stadtsteueramt (Geschäftsstelle für die Vermögenssteuer, Konnenmühlstraße 10, II. Zimmer 90) gegen Zahlung der Herstellungskosten von 50 Pfg. für je 100 Stück zu entnehmen. Die

Filmabende für Frauen

Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, in den Concordia-Festhallen, Gohlis,

und 1/2 9 Uhr im Gasthof Thonberg.

Zur Kostendeckung werden 30 Pfennige erhoben. Es läuft der Film:

Der Kreuzzug des Weibes.

Lose sind mit dem Reichsstempel versehen, zusammengerollt und zugestekt. Die Öffnung hat mit Hilfe eines jeden Lose eingestektes Fadens zu erfolgen. Die Steuer ist für alle geöffneten Lose zu entrichten. Werden bei einer Verlosung nicht sämtliche Lose verkauft, so können die unverkauften Lose, die nicht geöffnet sein dürfen, an das Stadtsteueramt zurückgegeben werden. Die Verwendung anderer als der vom Stadtsteueramt zu beziehenden Lose wird ausdrücklich untersagt. Zuwiderhandlungen werden nach § 377 des Reichsabgabenordnung in Verbindung mit § 26 des 58. Reichsgesetzes zur Steuerordnung bestraft.

Das Märchen vom „Wohnungsüberfluß“.

G. K. Zimmer und immer wieder wird die Behauptung in die Welt gesetzt: Wohnungsmangel sei nicht vorhanden. Zum Beweis zieht man die vielen leerstehenden Wohnungen in einer ganzen Anzahl von Städten herbei. In der Tat stehen in großen und mittleren Städten Wohnungen leer. Wohnungen, für die die Vermieter ganz unerschämte Mieten von den Mietern fordern, die diese aber beim besten Willen und selbst unter den größten materiellen Entbehrungen nicht aufzubringen vermögen, da ihr Einkommen eben nicht so groß ist, um diese ganz ungeheuerlichen Mietsforderungen bewilligen zu können. Bei Tausenden von Familien, die schon jahrelang sehnsüchtig nach einer eigenen Wohnung lauern, gehen diese exorbitant hohen Mietsforderungen weit über deren finanzielle Kraft. Sie müssen, so schwer es ihnen auch fällt, noch weiterhin mit anderen ihre bisherigen Wohnungen und die damit verbundenen Unannehmlichkeiten, Verger und Verdruß teilen.

Table with 10 columns: Stadt, Im Jahr 1925, In diesem Monat, In den Wohnungen, Anzahl der Wohnungen, etc.

Was man von der Behauptung, von dem angeblich nicht vorhandenen Wohnungsmangel, zu halten hat, wird durch das Ergebnis der im vergangenen Jahre von verschiedenen deutschen Groß- und Mittelstädten veranstalteten Zählung ihres Wohnungsbedarfs hinderehend illustriert. Schon diese ganz unvollständige Zählung zeigt ein geradezu erschreckendes Bild. Wochehen die Ergebnisse einiger dieser Groß- und Mittelstädte

Die vorstehende Uebersicht ist zunächst lehrreich, wird allerdings nicht den Erfolg haben, daß die Abseugung der Wohnungsnot aus

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Volkmarodorf. Sonnabend, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Fürsorgepfleger im Kronprinz, Jollisferstraße 21. Wichtige Tagesordnung.

Neustadt. Sonnabend, den 11. Dezember, abends 8 Uhr, wichtige Sitzung bei Rathe. Neuwahlen.

Sellerhausen. Sonnabend, den 11. Dezember, 1/8 Uhr, wichtige Sitzung in der Krone.

Alt-Weipitz. Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, im Volkshaus, wichtige Funktionärerversammlung. Stadtverordnete Schulz spricht über städtisches Wohlfahrtswesen. — Stellungnahme zur Stadtratswahl. — Parteiangelangenheiten.

Frauen.

Mütern. Montag, den 13. Dezember, abends 1/8 Uhr, im Goldenen Anker Vortrag des Genossen Klippgen über: Der Einzelne oder die Masse. Dieser Abend wird umrahmt von Musik und Gesang.

Modau. Montag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, im Ratskeller Vortrag des Genossen Lehrer Schönherr über: Schöngeistige Literatur.

Jungsozialisten.

Engelsdorf. Morgen, Freitag, 8 Uhr abends, Vereinszimmer der SPD, Vortrag des Gen. Otto. Gäste willkommen.

Schule.

Kinder der Jugendweiche!

Sonntag, den 12. Dezember, sehen wir uns den großen Film „Der Rattenfänger von Hameln“ an. Der Film zeigt uns eine mittelalterliche Stadt mit ihrem Leben und Treiben. Hauptdarsteller und Spielfelle ist der große Schauspieler Wegener.

Vormittags 9 Uhr im Colosseum, Kohlschlag, folgende Schulen: 1., 3., 4., 5., 9., 10., 12., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 23., 22., 33., 34., 40., 41., 53.

Vormittags 10 Uhr in den Weitenhallen, Hohoserstraße, folgende Schulen: 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50., 51., 52., 56., 57.

Vormittags 11 Uhr im Colosseum, Kohlschlag, folgende Schulen: 6., 7., 8., 20., 21., 22., 23., 24., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 35., 36., 37., 38., 39., 54., 58.

Jedes Kind bringt 20 Pfg. mit. Die Schulen gehen geschlossen zur Vorführung.

Der vorbereitende Ausschuss für die gemeinsame Jugendweiche.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Weiß.

Markranstädt. Freitag, den 10. Dezember 1926, abends 8 Uhr, Mitglieder-Zusammenkunft im Restaurant Vier Linden.

WZ.

Kursus Rager: Arbeitsrecht, heute 7 Uhr, Realschule Wundtstraße.

Sprechstube: Heute 1/8 Uhr, 1. Volksschule, Pestalozzistraße 4, Zimmer 9.

dem deutschen Blätterwald verschwindet, denn gewisse Interessenverbände werden immer wieder versuchen, dieses Märchen in ihrem Interesse mit Erfolg auszuschlachten. Zweisellos wird das ohnehin schon trübe Bild der unvollkommenen Fälschung des Wohnungsbedarfs ein noch viel trüsteres Aussehen erhalten, wenn das Ergebnis der Reichszählung, die nächstes Frühjahr allgemein vorgenommen wird; der Defizitverteilung unterbreitet werden wird. Soviel geht aber aus der vorstehenden Tabelle doch zur Genüge hervor, daß der angebliche Wohnungsüberschuß ein Märchen ist, mit dessen Hilfe eine verhältnismäßig kleine Schicht die große Masse der Bevölkerung, d. h. der ärmsten Mieter in gewinnlückiger Weise für ihre Zwecke auch weiterhin möglichst lange ausbeuten will.

Sonntagszüge in der Adventszeit.

Zur Erleichterung des Verkehrs anlässlich des Weihnachtsgeschäftes an den Sonntagen 12. und 19. Dezember 1926 werden an diesen Tagen die Züge 4122 und 4125 gefahren:

Ab Leipzig Bgr. Bahnhof 7.46 Uhr nach, ab L.-Connwitz 7.53 Uhr, ab Dörsch 7.59 Uhr, ab Großstädteln 8.03 Uhr, ab Galschütz 8.09 Uhr, ab Probstheiden 8.13 Uhr, ab Böhlen b. L. 8.20 Uhr, ab Rötze 8.28 Uhr, Ankunft in Epenhain 8.39 Uhr.

Ab Epenhain 8.50 Uhr nach, ab Rötze 9.01 Uhr, ab Böhlen b. L. 9.11 Uhr, ab Probstheiden 9.17 Uhr, ab Galschütz 9.23 Uhr, ab Großstädteln 9.27 Uhr, ab Dörsch 9.32 Uhr, ab L.-Connwitz 9.38 Uhr, Ankunft in Leipzig Bgr. Wf. 9.43 Uhr.

WZ. Am Sonntag, dem 12. Dezember, abends 7.30 Uhr, spricht Dr. Schneider in der Alten Handelsbörse über „Die Tierhaltung im Zoo“. Antzichter 50 Pfg., Jugendliche und Erwerbslose 30 Pfg.

Eine neue Zwangsinnung.

Vor einiger Zeit hat die Vereinigung der Jalousien- und Rolladenfabrikanten die Umwandlung der Vereinigung in eine Zwangsinnung beantragt. Die Kreishauptmannschaft hat, nachdem eine Abstimmung der Interessenten ein der Umwandlung günstiges Resultat ergab, die Errichtung der Zwangsinnung angeordnet. Nun sind auch die Statuten fertig geworden. Obermeister der Innung wurde Oberingenieur Ruz. So hat man denn auf dem Wege des Zwanges erreicht, was auf dem Wege der freien Werbung nicht zu erreichen war: den Zusammenschluß der Branche und die Unterstellung der gesamten Branchenangehörigen unter die Botmäßigkeit einer einheitlichen Kommandogewalt.

Hinterbliebenenrente in der Angestelltenversicherung. Das Gesetz vom 28. Juli 1925 hat die Wartzeit für die Hinterbliebenenrenten in der Angestelltenversicherung vorübergehend verkürzt. Ist ein Antrag auf Hinterbliebenenrente nach dem 31. Dezember 1922 wegen Nichterfüllung der bisher längeren Wartzeit rechtzeitig abgewiesen worden, so ist auf Antrag von der Reichsversicherungsanstalt zu prüfen, ob unter Berücksichtigung der verkürzten Wartzeit (60 Beitragsmonate aus Grund der Versicherungspflicht), nunmehr Hinterbliebenenrente zu gewähren ist. Der Antrag auf Nachprüfung kann nur bis zum Schlusse des Jahres 1926 gestellt werden. Die Reichsversicherungsanstalt hat, soweit sie die Feinerheit durch besonderes Schreiben auf die Notwendigkeit hingewiesen, den neuen Antrag zu stellen. Da die Frist binnen kurzem abläuft, wird etwa noch vorhandenen Berechtigten empfohlen, unverzüglich den Antrag zu stellen.

Weihnachtsmesse der Leipziger Arbeiterschaft. Morgen Freitag, vormittags 11 Uhr, Eröffnung der Weihnachtsmesse der Leipziger Arbeiterschaft im Neuen Grassimuseum, Eingang Hospitalstraße. Die Vertreter der Arbeiter werden hierdurch nochmals eingeladen.

Wasserdruckmangel in Müdern. Wie der Rat bekanntmacht, wird am 10. und 11. Dezember 1926 wegen Arbeiten am Wasserhauptzuführungsrohr im Ortsteil L.-Müdern Druckmangel eintreten.

Sächsische Angelegenheiten

Demokraten und Regierungsbildung.

Die Sächsische demokratische Korrespondenz verbreitet folgende Mitteilung:

„In der Landtagsitzung vom 7. Dezember hat der Vorsitzende der SPD, Abgeordneter Böchel, eine Erklärung verlesen, in der den bürgerlichen Parteien und der MSP, daraus ein Vorwurf gemacht wird, daß auch die zweite Ministerpräsidentenwahl ergebnislos war. Der Abgeordnete Böhle und der Abgeordnete Dr. Seyfert haben diesen Vorwurf schon in der Sitzung als unbedeutend zurückgewiesen. Die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, daß festgestellt wird, was denn die Sozialdemokratische Partei, die als stärkste Partei des Landtages selbst dazu verpflichtet wäre, getan habe, um eine tragfähige Regierung zu bilden. Sie hat tatsächlich nichts getan. Denn daß es dazu nicht genügt, ein Programm zu veröffentlichen und einen Kandidaten vorzuschlagen, wußte die Sozialdemokratische Partei genau. Sie hat aber nichts weiter als das getan. Ja, sie hat darüber hinaus Vertretern der Demokratischen Partei gegenüber, die um die Situation zu klären, den bereits in der öffentlichen Sitzung erhobenen Vorwurf der SPD, gegenüber wiederholt haben, rundweg erklärt, daß für die SPD, eine Fühlungnahme mit anderen Parteien, vor allem eine große Koalition mit bürgerlichen Parteien nicht in Frage käme.“

Offenbar war es den Demokraten sehr unangenehm, daß sie durch die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion als Mitschuldige an dem unwürdigen Komödientenspiel der Regierungsbildung im Landtage öffentlich bloßgestellt wurden. Daher kam, unmittelbar nach Schluß der Landtagsitzung vom 7. Dezember, der Vorsitzende der Demokraten, Abgeordneter Seyfert, im Sitzungssaal des Landtages zu unsern Genossen Böchel und Liebmann, um den Vorwurf der sozialdemokratischen Erklärung zurückzuweisen. Herr Seyfert meinte, die Sozialdemokratie hätte als stärkste Partei die Pflicht, sich um eine Mehrheit für eine Regierung zu bemühen. Daraus wurde ihm geantwortet, wenn die Parteien des Landtages nicht den Kandidaten der stärksten Partei wählten und dadurch diese Regierungsbildung unmöglich machen, dann müßten sie eben von sich aus eine andere Regierungsbildung versuchen.

Nach diesem Gespräch haben die Demokraten Dr. Seyfert und Claus noch einmal mit dem Genossen Böchel gesprochen, den sie gefragt haben, ob die Sozialdemokraten das Ziel der Demokraten, eine große Koalition, unterstützen würden. Genosse Böchel hat dazu erklärt, er sei nicht berechtigt, eine verbindende Erklärung für die sozialdemokratische Fraktion abzugeben, wie er aber die Auffassung seiner Fraktion kenne, komme eine große Koalition für die Sozialdemokratie nicht in Frage.

Herr Seyfert hat darauf geantwortet, nach dieser Auskunft hätten die Demokraten die gewünschte Klarheit, sie würden nun tun, was sie für das Zustandekommen einer Regierung für notwendig halten.

Demnach kann wohl angenommen werden, daß die Demokraten sich nun für das Zustandekommen einer bürgerlichen Regierung einsetzen, was sie aber — wie die bisherigen Verhandlungen der Bürgerlichen zeigen — bisher schon erfolglos getan haben.

Zur Neuordnung des sächsischen höheren Schulwesens.

Uns wird geschrieben:

In das sächsische Schulwesen ist infolge der politischen Verhältnisse der letzten Jahre ein Riß hineingekommen, der auch in Zukunft bedeutend wirken muß; der Gegensatz zwischen der höheren und der Grundschule. In diese Verhältnisse wirkt die jüngst erschienene Denkschrift zur Neuordnung des sächsischen höheren Schulwesens ein bezeichnendes Licht: sie ist mit der größten Sorgfalt ausgearbeitet, während diejenige über das Volksschulwesen bei weitem nicht die gleiche gründliche Bearbeitung des Themas zeigt. Sieht man sich die Schrift näher an, so erkennt man allerdings, daß durch die Denkschrift die Fragen, um die es sich hier handelt, keineswegs ihrer Lösung entgegengeführt, sondern in einer Weise behandelt werden, daß sie bereits innerhalb der höheren Lehrer Sachkenntnis z. T. schärfsten Widerspruch herausgefordert hat. Das betrifft zunächst die sog. Einheitschule, die von jeher von fortschrittlichen Lehrern gefordert worden ist und die zunächst eine höhere Einheitschule zum Ausgangspunkt hat. Die Denkschrift redet zwar davon, läßt aber in Wirklichkeit das alte Gymnasium und Realgymnasium bestehen, so daß nur bei den übrigen, soweit das Unter- und Mittelbau betrifft, eine einigermaßen gleiche Anlage herauskommt, die letzten Klassen bleiben der Differenzierung vorbehalten, die zugleich in das Berufsleben überleitet. Am schärfsten kommt dabei die deutsche Oberschule weg, die doch die deutsche höhere Schule der Zukunft darstellen und mit dem Wahne, daß der „Gebildete“ unbedingt 3 Fremdsprachen beherrschen müsse, gründlich aufzuklären sollte: sie muß auf die dritte wahlfreie Fremdsprache verzichten, da der wahlfreie Sprachunterricht beiseite zu lassen soll und führt im Sinne der Denkschrift in der Provinz das Dasein eines Achtenbrüdens mit der Bestimmung, für künftige Volksschullehrer „die beste Ausbildung“ darzustellen oder für gewisse künstlerische Berufe vorzubilden, mit denen man sich auf dem Gymnasium nicht abgibt. Auch hier tritt, wie in der wirtschaftlichen Entwicklung Sagens, der Einfluß gewisser Gruppen in geradezu verhängnisvoller Weise zutage, die in diesem Sinne einseitig für die an sich längst überlebte Form des alten Gymnasiums eintreten und diesem Prinzipie zuliebe jeden Fortschritt aufopfern; sie machen hier ihren Einfluß in einer Weise geltend, daß dadurch die Zukunft unseres sächsischen höheren Schulwesens aufs schwerste bedroht erscheint. In demselben Sinne ist auch der übrige Teil der Denkschrift geschrieben: das autoritative Rektorat soll nach Möglichkeit wiederhergestellt werden. Gemeinshaftsvergleichung wird abgelehnt — kurz, überall eine Rückkehr zum Alten, die, wenn sie zur Tat würde, verhängnisvolle Folgen zeitigen würde und vor allem dazu führte, daß das ganze Schulwesen in den großen Zentren zusammenstürzte, während die Provinz leer ausgeht und sich mit dem begnügen muß, was ihr von anderer Seite übriggelassen wird.

Der Bund Einheitschuler Schulreformer hat sich von jeher für die Einheitschule eingesetzt und erstrebt von diesem Standpunkte aus auch die höhere Einheitschule, damit dann in Form von Aufbauschulen dieses Endziel verwirklicht werden kann. Er steht in dem Schulwesen eine Einheit, die auch die Unversität umfaßt und lehnt es ab, das von dieser Seite geforderte Dreisprachensystem, unter deren Einfluß die Denkschrift steht, auch auf die höhere Schule zu übertragen. Er fordert nach gleichem Unterbau für die Mittelstufe einen Zug mit und einen solchen ohne Latein, die Oberstufe soll der Differenzierung vorbehalten bleiben, indem freiwillig eine dritte Sprache dazu gelernt werden kann. Er fordert entscheidende Republikanisierung unserer höheren Schulen, die in der Denkschrift mit dem vieldeutigen Wort: „Einschulung in den Geist“

der Reichsverfassung abgetan wird. Er fordert die freie weltliche Schule, anstatt, wie es auch in der Denkschrift geschieht, dem konfessionellen Moment im Religionsunterricht die Wege offen zu lassen. Er fordert die kollegiale Schulleitung, da nur auf diesem Wege eine völlige Entpolitisierung der höheren Schulen erreicht werden kann.

Der sächsische Landtag hat bisher — im Gegensatz zur Volksschule — dem höheren Schulwesen so gut wie kein Interesse entgegengebracht. Die neue Denkschrift zeigt, welche Gefahr hier für das gesamte sächsische Schulwesen erwacht und daß es höchste Zeit ist, daß an Stelle der Herrschaft einiger Gruppen der Wille des gesamten Volkes zum Ausdruck kommt. Der künftige Landtag wird sich hier vor bedeutende Aufgaben gestellt sehen — möge er sich des Ernstes seiner Aufgabe bewußt werden und zu einer Lösung dieser Fragen gelangen, die in wirklich demokratischer Weise den Willen des gesamten Volkes zum Ausdruck bringt.

Die Explosionskatastrophe in Heidenau vor dem Landtage.

Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Landtage folgende Anfrage eingebracht:

„Am 7. April 1926 waren bei der Firma Hoersch-Heidenau infolge Explosion eines Zellselbstochers von 170 Kubikmeter Inhalt 12 Tote und 20 Verwundete zu beklagen. Die Ursachen dieser Explosion sind restlos noch nicht aufgeklärt. Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.“

Am 10. November 1926 explodierte abermals eine Gasflasche. Ein Toter und 12 Verwundete waren die Opfer dieses Unglücksfalles.

Am 25. November 1926 hat wieder eine Gasflasche gebrannt. Die Belegschaft verließ panikartig die Arbeiterräume, weil ein neues, großes Unglück befürchtet werden mußte. Dadurch, daß ein Arbeiter sein Leben aufs Spiel setzte und die Flasche noch rechtzeitig auslöschte, wurde eine abermalige Katastrophe vermieden.

Ist die Regierung bereit, der durch diese Unglücksfälle beunruhigten Arbeiterschaft und Öffentlichkeit mitzuteilen, welche Resultate die Erhebungen der Gewerbeaufsichtsbehörden bei der Untersuchung der obigen Fälle ergeben haben?

Ist die Regierung bereit, allgemeine Maßnahmen zu treffen, um dergleichen Unfällen, die sich auch in anderen ähnlichen Betrieben ereignen können, vorzubeugen?

Ist die Regierung gewillt, zwecks Verhütung von Betriebsunfällen den Gewerbeaufsichtsbehörden noch einmal dringend nahe zu legen, die Verordnung des Arbeitsministeriums vom 14. 4. 1921 32a B 21, die enges Zusammenarbeiten der Gewerbeaufsichtsberechtigten mit den Betriebsvertretungen der Arbeiter und Angestellten vorseht, strikte zu beachten?“

Gegen das Schundgesetz.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Landtage den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, ihre Vertreter im Reichsrat zu beauftragen, gegen das vom Reichstage beschlossene Jugendhugengesetz gegen Schund und Schund Einspruch zu erheben.

Ein Mordprozeß in Dresden.

Unter ungeheurem Andrang des Publikums — seit Mitternacht fanden die Menschen nach einem Platz im Gerichtssaal an — begann am Mittwochvormittag vor dem Dresdner Schwurgericht der Prozeß gegen den Gärtner Kröhnert und die Witwe des Gerichtsassessors Donner, denen die Untage gemeinsamer Ermordung des Ehemanns Donner in der Nacht zum 16. April 1920 zur Last gelegt wird.

Die angeklagte Frau Donner, die seit 1913 verheiratet war, besuchte nach dem Kriege eine Filmschule, in der sie die Bekanntschaft des Gärtners Otto Kröhnert machte, der sich gleichfalls zum Film ausbilden ließ. Zwischen beiden entwickelte sich bald ein Liebesverhältnis. Frau Donner verließ ihr heimliches eine Anstellung als Gärtnerin in ihrer Villa, ohne daß der Mann eine Ahnung von dem Liebesverhältnis hatte. Bald wurde den beiden der Ehemann löstig, und sie beschloßen, ihn zu beseitigen. Kröhnert schloß Donner um Mitternacht im Treppenturm nieder, und beide tauschten einen Kuss vor. Damit hatten sie auch Erfolg. Vielleicht wäre das Verbrechen nie aufgefährt worden, wenn Frau Donner das Verhältnis mit Kröhnert nicht überdrüssig geworden wäre. Sie beschloß, einen Goldarbeiter zu heiraten, worüber es zu Auseinandersetzungen zwischen beiden kam. Aufregungen, die dabei fielen, kamen auch den Behörden zur Kenntnis. Nach ihrer Verhaftung legten beide zunächst ein Geständnis ab, das sie nachher jedoch widerrufen.

Die Verhandlung begann mit der Vernehmung der beiden Angeklagten. Kröhnert erklärte, er sei der Frau Donner beim Eindringen von Liebesbesuchen, bei denen sie sich küssen mußten, näher gekommen. Einige Zeit darauf sei es zwischen ihnen zu intimerem Verkehr gekommen. Er habe nicht gewußt, daß Frau Donner verheiratet sei, das habe er erst später erfahren. Sehr bald dachten sie beide an eine Trennung der Frau Donner von ihrem Ehemann. Sie wollte angeblich als Hausmädchen in Stellung gehen, um den Lebensunterhalt zu fristen. Kröhnert erklärte im weiteren Verlauf der Vernehmung, daß Donner seiner Frau mehrfach den Wunsch nach Scheidung abgesehen habe; darüber sei in beiden ein großer Haß gegen ihn entstanden. In der Mitternacht stieg Kröhnert durch das Fenster in das Schlafzimmer der Frau, während der Mann ein Stockwerk höher schlief. Nach drei Stunden entfernte er sich wieder durch das Fenster und betrat dann das Haus durch die Haustür. Nach einiger Zeit wurde Licht und Donner erschien auf der Treppe. Es sei zu einer kurzen Auseinandersetzung gekommen. Auf die Frage, warum Donner seine Frau nicht gehen lasse, habe er erklärt, er denke gar nicht daran. Gleichzeitig entließ ihm der Stock und Kröhnert sah nach seiner eignen Schilderung einen Revolver in der rechten Hand Donners. Da habe er, ohne zu zielen, schließendlich losgedrückt. Frau Donner, die mit 18 Jahren heiratete, erklärte auf eine Frage des Vorsitzenden, sie habe damals ihren Mann so lieb gehabt, wie jedes junge Mädchen, um das sich ein junger Mann mit ausreichendem Vermögen bewirbt; das Vermögen ihres Mannes habe damals ungefähr 350 000 M. betragen. Die erste ernste Bestimmung sei eingetreten, als der Mann Weihnachten 1918 aus dem Felde zurückkam, ihr aber am Weihnachtsabend kein Geschenk mitbrachte, sondern ihr lediglich 3 Einheitsmarktscheine hingeworfen habe. Im Laufe der Zeit seien ihr auch die beiden Kinder völlig entfremdet worden. Der Vorsitzende hält der Angeklagten vor, daß sie während der Kriegszeit außer den Zinsen des Vermögens 30—35 000 M. verbraucht habe. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte Frau Donner, sie habe ihrem Mann mehrfach gesagt, daß sie die Ehe zehnmal gebrochen habe und ihm den Mann bringen könne. Der Ehemann habe sie aber nicht freigegeben, sondern immer wieder erklärt: ich verzehle dir.

Zusammenstoß zwischen Auto und Zug.

Am 8. Dezember stieß das Staatsauto der Linie Kirchberg—Zwickau beim Bahnübergang in Bärenwalde mit einem Zuge der Schmalpurbahn zusammen. Der Anstoß war so heftig, daß das Auto mehrere Meter weit zur Seite geschleudert und am vorderen Teil vollständig zusammengedrückt wurde. Die Lokomotive wurde

Weihnachtsgeschenke für den Herrn!

Ferkalhemd mit Klappmanchellen 4.90 | **Weißes Oberhemd** mit Ray-Ärmeln und Klappmanchellen 5.90 | **Uni-Hemden** mit Kragen, Qualitätsware... 5.95 | **Reinseidene Binder** moderner Muster 3.95 2.95 1.95

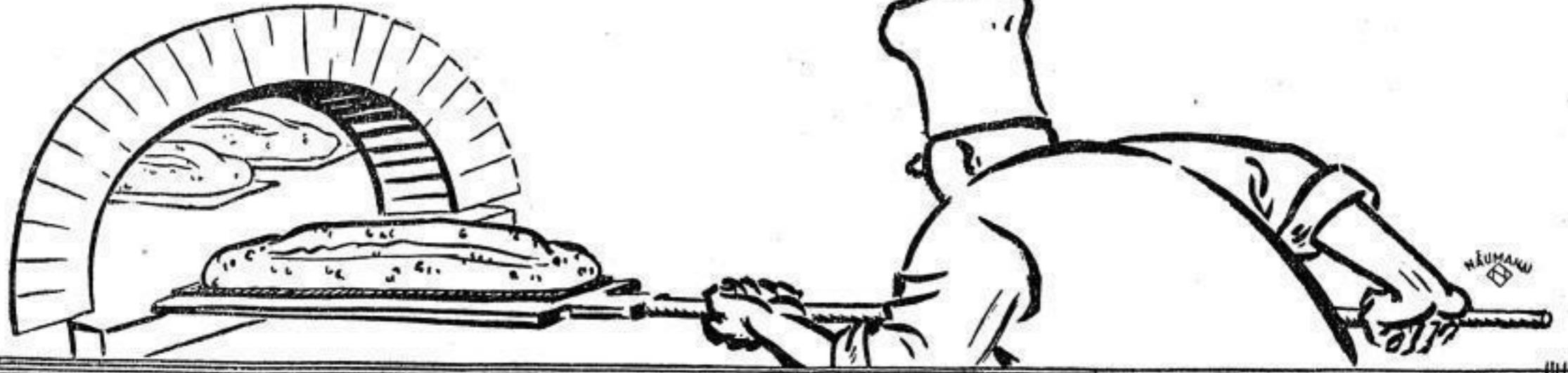
Herren Nappa mit Wollfutter 9.85

Herren Glace mit Wollfutter 7.90

Herren Nappa 2 Druckknöpfe 5.90

Modehaus Jordan & Co. **Stehumlegkragen** 65 1.85

Peterstraße 28 Filiale: Merseburger Straße 66



Billige Lebensmittel

Frisch-Fleisch

von nur Schlachtvieh 1. Klasse

Pa. Schwein		Pa. Kalb	
Bauch Pfund	1.20	Pfefferfleisch Pfund	1.20
Keule Pfund	1.30	Brust Pfund	1.30
Kamm Pfund	1.40	Keule Pfund	1.40
Rücken Pfund	1.50	Rücken Pfund	1.40
Pa. Rind		Pa. Hammel	
Kochfleisch . Pfund	1.20	Rippe Pfund	1.10
Kamm od. Hoherippe Pfd.	1.30	Bauch Pfund	1.10
Gulasch Pfund	1.40	Rücken Pfund	1.20
Schmorfleisch Pfd	1.50	Keule Pfund	1.30

Gefrier-Fleisch

Kochfleisch . Pfund	58	Gulasch Pfund	85
Kamm od. Hoherippe Pfd.	70	Schmorfleisch Pfd	1.00

Gefrier-Hammel

Kochfleisch Pfund	80	Bratfleisch Pfund	90
-------------------	----	-------------------	----

Frisch-Fleisch, Gehacktes 70
gemischt, leicht gewürzt Pfund nur

Schweinsneron, frisch Pfund nur 1.30

Backwaren

Weizenmehl . . . Pfund	28	Mandeln bitter Pf. 2.20	2.00
Kaiseranzug . . . Pfund	32	Mandelsatz Pfund	65
Kaiseranzug . . . 5-Pfd.-Beutel	1.45	Kokosnuss Pfund	60
Rosinen Pfund	48	Zucker Pfund	34
Korinthen Pfund	55	Puderzucker . . . Pfund	42
Sultaninen Pfund 90 70	60	Zitronat Pfund	1.60

Schmelz-Margarine nicht bayrische Pfund	95	Schmelzbutter Pfund	2.20
Margarine . Pfund	54	Rindertalg . . . Pfund	60
Schweineschmalz amerikanisches Pfund	82		

Besonders billig.

Weihnachtstaschen mit verschiedener Pfefferkuchenfüllung Wert 1.10 nur 95

Lebkuchen 5 Pakete nur 45

Lebkuchen, Baumbohnen, Marzipan-Artikel, Bonbonnieren in grosser Auswahl.

Wurst und Fleischwaren

Thür. Knackwurst brt. Pfd.	1.30	Rauchfleisch Pfund	40
Hochblut- u. Lebrw . . . Pfund	40	Schinkenspeck Pfund	50
Knoblauchwurst . . . Pfund	35	Delikat-Sülze Pfund	25
Speck geräuchert . . . Pfund	1.30	Fleischsalat Pfund	30

Butter, Käse usw.

Molke-ol-Butter . . . Pfund	90	Gouda-Käse Pfund	33
Feine Tafelbutter . . . Pfund	1.00	Allg. Stangenkäse . . . Pfund	75
Allerfeinste Holsteiner Tilsiter Käse vollf. . . Pfund	35	Tilsiter Käse vollf. . . Pfund	45
Molkerei-Butter . . . Pfund	1.10	Tilsiter ohne Rinde . . Pfund	95
Schweizerkäse soft . . Pfund	65	Camembert 6-tellig, vollf. . Stück	23
Edamer Käse Pfund	23	Frühstückerkäse . . . Stück	23

Peri-Kaffee Pfund 1.40

4 Tafeln Schokolade à 100 g Vollm., Schmelz-, Speise- und Block- . . . nur 95

Besonders billig!

Emmenthaler ohne Rinde Schachtel . . . nur 60

K A U F H A U S BRUNNEN

KLEINER ANZEIGER

Verkäufe

Feinst. Kaff. Salat *
Pfd. 90 d. Arbeits-
Lose 80 d. Natalien
Nr. 34, Sofab., Man-
dalenenstr. 9. Tägl.
feinl. Verfasst 4 7

Von Herrschaften
wenig getragene
Herren-, Damen-
Garderobe
zu 1. billig. Preis.
Friedmann
Rant. Str. 13, I. 1.
Ein- u. Verf. woch.
Sonntag vor Weh-
nachten ist mein
Geschäft geöffnet.

Auf Kredit
Herrenanzüge
mit 10 Mark Anzahlung
Scherbel
Grimaldisstr. 10
Korbarmstr. 20*

Sehr erb. Koltune
Gr. 44, schwarz blau
tabellos erh. Kana-
schiff handb. mach.
s. v. Steinstr. 23, III 1

Fertige Herren-Anzüge
Winterpaletots und Winter auf Rohhaar
u. W. Serge, eig. Anfertigung. 48-78 Mt.
H. Linke, Tauchaer Straße 5, III.

Küchenhandtücher,
grün gefärbt, Stück
75 Pfd., gut u. billig
E. Heidorn,
Dorotheastrasse 2 *

Das schönste
Weihnachtsgeschenk
sind
Teppiche
Diwan-Decken
Bett-Vorlagen
Enorm billig
Gutfeld & Linke
Reichstr. 4-6
Specks Hof.

Wäsche- u. Stöcke . 90.
Stredens 65, Tisch 18 Mt
Krahl, 3. Stock, St. 57
Ein- u. Verkauf.

Schlafzimmer
weib. Stuhl 390 Mt
Schreibtisch 150 Mt
Wigw., Schmiedstr. 7

Brillantringe 18 Mt.
Berlobungsringe, echt Gold. Paar von
8.- Mt. an. Gold-Anhänger, Broschen,
Uhren, Ketten, Weisheitszähne, Silber-
verlauft konkurrenzlos billig
Leipzig
Juwelier Friedrichsen
Nordstraße 1

Uhren u. Goldwaren
äußerst preiswert *
H. Zimmer, Goldschm.
Gr. Fleischergasse 22.
Gr. Post. geb. Uhren
u. Goldwaren u. 10 Mt an.
Bismarckstr. 112, D.

**Zigarren, Zigaretten u.
Tabak nur bester Qualität**
empfiehlt für den Weihnachtstisch
Herm. Wallrodt, L.-Löbzig
Bornaische Straße 107
Günstige Bezugsquelle für Wiederverkäufer *

Italienische Mandolinen
guter Arbeit, mit schönem, weichen Ton,
zu Mk. 12.50 15.- 18.- 21.- 25.-
Echte Embergher
Ton-Mandolinen
zu Mk. 45.- 65.- 90.- 100.- 150.-
Jul. Heinr. Zimmermann
Querstraße 26 28 Schillerstraße 5

VON 2 Mark AN
wöchentlich
Teilzahlung
Beamte und Festangestellte
brauchen bei
uns zum Kauf
kein Geld!
Herren- und Damen-Konfektion
Bett-, Tisch- und Leibwäsche
Stoppdecken, Gardinen, Bettfed.
sowie
Möbel.
N. Weiser
Nikolaistraße 8
1. Etage

Diverses
Leichte Fuhrer
führt aus
Welz, Salzstr. 7
Tel. 429 33

Haarschneiden
fürs 50 Pfd., halb-
lang 70 Pfd., Stern-
gartenstraße 20 Ecke
Nürnberg Str.

Für Feinschmecker

Stern-Butter
Garantiert reine Naturbutter
Plagwitz Dampfwerk
Otto Zeising, Fernruf 40778

Anerkannt beste Tafelbutter
In den meisten ein-ehl. auch durch Plakate kennt-
lichen Lebensmittelgeschäften stets frisch zu haben
Auf Anfrage weise Verkaufsstellen nach.

Goldene Uhren!
Brillanten, Ringe, Ketten Silberbede,
Abzählapparate, Barometer, Vesmen-
elieder, Theaterorgeln Gramophone, Man-
dolinen, Bandoneons, Saiten, Belgen,
Leibhausweine aller Art, v. eleganten Stühle,
Gin- und Verkauf.
Walter Lory, Johannsgasse 15.

Prakt. Weihnachts-Geschenke.
Stoppdecken, Divandecken,
Wandbehänge, Wollunter-
betten, Klassen i. all. Größen
Bettfedern, inlets, fertige
Federbetten, Kinderbetten,
Metall- u. Holzbettlatten, Chaiselongues,
Schränke, Wasch-Kommoden, Nach-
schränkchen, Komplette Schlafzimmer-
Einrichtungen.
Reell, solid und preiswert bei größter
Auswahl im
**Betten-
Spezial-Geschäft**
Alfred Küttner
Hauptgeschäft Gerberstraße 56
Zweiggeschäft Albertstraße 31,
Schönefeld, Scheumannstraße 6
Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung
Sonntag, den 12. und 19. Dezemb.
von 12-6 Uhr geöffnet.

**Brauchen Sie
Beitrags-
marken?**

**Lieferung gut, schnell
und preiswert
durch**
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21
Telephon 72205

**Tragen Sie:
'Chasatta'
Schuhe**
und Ihre Füße bleiben gesund

Alleinverkauft
Böhme
Petersstr. 4 Herz-Ecke

Klassenkampf oder Kompromiß?

Arbeitslosigkeit, Lohnpolitik und — Milderung der Klassengegenjäre?

Der „rationalisierte“ oder verbesserte Produktionsapparat zeichnet sich vornehmlich dadurch aus, daß er im Verhältnis weniger Arbeitskräfte in Bewegung setzt als der veraltete „unrentable“. „Der objektive, sachliche Faktor des Arbeitsprozesses“, sagt Karl Marx (Kapital I, Volksausgabe, S. 560), „wächst im Verhältnis zum subjektiven, persönlichen Faktor, das heißt, die Masse der Arbeitsmittel und Rohmaterialien wächst im Verhältnis zur Summe der Arbeitskräfte, die sie zu gebrauchen haben: In dem Maße, in dem das Kapital die Arbeit produktiver macht, vermindert sich seine Nachfrage nach Arbeit im Verhältnis zu seiner Größe.“

Das der Sinn der vielgesprochenen Rationalisierung, Verschärfung des Arbeitsprozesses, Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine, Erhöhung des konstanten, in sachlichen Produktionsmitteln angelegten Teiles des Kapitals im Verhältnis zu jenem variablen Kapitalbestandteil, der die Summe der Löhne und Gehälter repräsentiert. Die organische Zusammensetzung des Kapitals, um mit Marx zu sprechen, wird eine höhere, der Lohnanteil tritt gegenüber den übrigen Kosten der Produktion in der Akkumulation des Kapitals zurück.

So steht der Weg aus, der zur Massenarbeitslosigkeit geführt hat. Neue Subventionen an die Privatwirtschaft, neue Zuschüsse des Staates können nur einen Erfolg haben: es wird weiter akkumuliert, das Kapital wächst und mit ihm dehnt sich auch der Produktionsapparat der Industrie, um vorübergehend scheinbar mehr Arbeitskräfte in Bewegung zu setzen, in Wirklichkeit aber die neuerliche Freilegung einer größeren, zahlreicheren Reservearmee der Industriearbeiter vorzubereiten. In verdichteter, konzentrierter Gestalt sehen wir da die unabänderlichen Gesetze der kapitalistischen Produktion in Geltung. Gefestigtes, im Zunehmen begriffenes Glend auf der einen Seite, gesteigerte, im Zunehmen begriffene Akkumulation des Kapitals auf der anderen. Das schärft unmissende Bild einer fortschreitenden Zuspitzung der Klassengegenjäre!

Tatsächlich-parlamentarische Rücksichten lassen bisweilen diesem und jenem Genossen die Dinge in anderem Lichte erscheinen. So hat im Oktoberheft der Gesellschaft der Genosse Hilsberding an Stelle einer Zuspitzung eine Milderung der Klassengegenjäre vorzeichnen zu können geglaubt und auf dieser Grundlage eine politische Auffassung vertreten, die geradeswegs zur Großen Koalition führt. Nachdem jetzt die jüngsten Wahlen die Abwägung der politischen Kräfte abgeschlossen haben und das parlamentarische Kulissenpiel beginnt, ist es notwendig, solchen Theorien auf den Grund zu gehen.

Worum stützt Hilsberding seine politische Theorie? Nun, auf nichts anderes, als was wir oben verzeichneten: das Zurücktreten des Lohnanteils gegenüber den übrigen Kosten der Produktion, das er namentlich in der chemischen Industrie zu sehen verneint. Dabei mag vermerkt werden, daß die chemische Industrie, die wichtigste Vorantenne der Betriebs- und Hilfsstoffe im modernen Produktionsprozess, unversehens als „Fertigungsindustrie“ erscheint, damit man sie um so bequemer in Gegensatz bringen kann zur Schwerindustrie als einer „Produktionsmittelindustrie“, als solche mit höherem Lohnanteil und schärfer ausgeprägtem Gegensatz zur Arbeiterklasse. Auf solche Kunstgriffe könnte Genosse Hilsberding, meinen wir, ruhig verzichten. Daß die organische Zusammenziehung des Kapitals in der chemischen Industrie eine hohe ist, steht auch ohne weiteres fest; daß sie auch in der Schwerindustrie, ja, in dem technischen Verbesserungen am wenigsten zugänglichen Kohlenbergbau in den Rationalisierungsjahren erheblich gestiegen ist, sollte auch Hilsberding nicht entgegen dürfen. Darüber also ist kein Streit. Der Lohnanteil an den Produktionskosten der deutschen Industrie ist zurückgegangen: in der Schwerindustrie wie in der chemischen Industrie. In der ersteren fällt er mehr ins Gewicht, in der letzteren weniger. Das sind Binsenwahrheiten.

Keine Binsenwahrheit, vielmehr ganz und gar falsch ist aber die von Hilsberding vertretene Ansicht, wonach die chemische Industrie „nicht in so unmittelbarem und unvermitteltem Gegensatz zur Arbeiterklasse wie die Schwerindustrie“ stünde. Es ist wohl richtig, daß die relative Geringfügigkeit des Lohnanteils an den Produktionskosten die chemische Industrie eine weniger schärfmachende Lohnpolitik betreiben läßt, als sie etwa die Kohlen- und Eisenbarone für allein tragbar halten. Fallsch es aber, daraus zu folgern, daß der Gegensatz, in dem die Arbeiterklasse zur chemischen Industrie steht, deswegen an Schärfe und Unmittelbarkeit verliert. Das Lohnniveau der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter hängt doch letzten Endes ab von dem verfügbaren Angebot an Arbeitskräften, von der Größe der industriellen Reservearmee!

Je geringer aber der für Löhne und Gehälter aufgewandte variable Kapitalbestandteil, desto größer die Zahl der Arbeitskräfte, die infolge der „Rationalisierung“ keine Verwendung mehr finden und aufs Pflaster geworfen werden, um durch ihr bloßes Vorhandensein die Lohnhöhe der noch beschäftigten Arbeiter im Wert tiefer zu drücken. Das heißt: mit der infolge der „Rationalisierung“

zunehmenden Bedeutung des konstanten Kapitalbestandteiles wächst die Arbeitslosigkeit und mit dem Anwachsen der Arbeitslosigkeit wächst die Gefahr, daß sich die Arbeitsbedingungen für alle die verschlechtern, die noch im Betrieb stehen. Die Krise der Weltwirtschaft, die nichts anderes bedeutet, als ein Zurück an Produktivkräften, gemessen an der Kaufkraft der Massen, bringt es mit sich, daß der Abnahmesturz für Industrieerzeugnisse eingeeignet ist und Millionen von Proletariern dauernd erwerbslos sind, dauernd einen Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben. Infolgedessen nimmt auch der Gegensatz, in dem sich die Arbeiterklasse zum Kapital befindet, an Schärfe immer weiter zu. Der Rationalisierungsprozess selbst also und die damit verbundene Zurückdrängung des Anteils des Arbeitslohnes an den Produktionskosten bedeutet in den Händen des Kapitals, auch der chemischen Industrie, eine Waffe nicht zur Milderung, sondern zur Verschärfung des Klassengegenjares. Und der Rationalisierungsprozess ist es, der fortlaufend Arbeitskräfte freimacht, das Heer der Erwerbslosen vermehrt und jede Aussicht darauf, daß dieses millionenfähige Erwerbslosenheer im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft jemals wieder vom Produktionsprozess in vollem Umfange ausgelesen werden könnte, vernichtet.

Und noch ein anderes Moment kommt hinzu. Die politischen Gefahren einer Dauererwerbslosigkeit von Millionen zwingen auch den bürgerlichen Klassenstaat dazu, den Erwerbslosen in irgendeiner Weise die Fristung ihrer Existenz, wenn auch in kleinstem Glend, zu sichern. Die Mittel aber, die zur Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung vom Staat benötigt werden, bringt der Staat nicht aus Eigenem auf: sie werden durch Steuern von Arbeitsverdienst des noch in Arbeit stehenden abgezogen! Entsprechend vermindert sich also der Reallohn des Proletariats. Der „nicht so unmittelbare und unvermittelte Gegensatz“ wirkt sich dann so aus, daß an die Stelle des schärfmachenden Kapitalismus der Staat tritt, der die Löhne — das ist der eigentliche Sinn der Verteilung der Steuerlasten in Deutschland — weiter beschneidet.

Das aber erinnert uns an jenes Kapitel deutscher Finanz- und Wirtschaftspolitik, das am deutlichsten gezeigt hat, wie die politische Macht in der deutschen Republik innehat. Wir meinen die staatliche Subventionierung der Schwerindustrie in der Zeit des Zusammenbruchs ihrer großen Konzerne. Ausgerechnet diese Epikope, in der die von der wertvollen Bevölkerung aufgebrachtene Steuerlast in Milliardenhöhe in die Tasche der Kohlen- und Eisenkapitalisten gepumpt wurden, dient aber Hilsberding zum Nachweis, daß die politische Herrschaft der Schwerindustrie endgültig gebrochen sei. „Die sich während der Inflation als Herren des Staates gefühlt und gebärdet haben“, schreibt er, „wurden die Bittsteller um Sanierungskredite.“ Nun, die „Bittsteller“ haben sich über die Erfolge ihrer „Bitten“ nicht beschweren können. Den Mehrwert, den sie im Produktionsprozess zu realisieren vermochten, nahm der Staat dem Arbeiter als Steuerzahler weg, um ihn wieder zurückzuleiten — in die Kassen der Großkonzerne. „Gerade hier“, meint Hilsberding, „habe sich das Verhältnis zum Staate völlig umgekehrt.“ Nicht daß es dem einfachen Sterblichen aufgefallen wäre! Die Industrie beherrscht den Staat, und die Arbeiter lassen sich vom Staat beherrschen, solange, nun, solange sie glauben, der gute „Bewertungs“ Staat sorge schon dafür, daß die Klassengegenjäre (die man, wenn man Hilsberding liest, bereits schwinden sieht) nicht zu heftig aufeinandergeraten.

„Die Einstellung zu den Arbeiterorganisationen sei“, so behauptet uns Hilsberding, mit dem Vorbringen der chemischen Industrie im Unternehmenslager „eine andere, eher zu Kompromiß neigender“ geworden. Diese Theorie eilt den Tatsachen — fast möchte man sagen: leider — erheblich voraus. Noch ist der Druck des Erwerbslosenheeres auf dem Arbeitsmarkt so stark, daß die Unternehmer wahrhaftig nicht allzu sehr nach „Kompromissen“ dürften. Geht aber den — leider stark unwahrscheinlichen — Fall, die Massenarbeitslosigkeit sei durch eines der Hilsberding'schen Wundermittel behoben, es entsetze eine übersteigerte Nachfrage nach Arbeitskräften, der Preis der Arbeit, der Arbeitslohn, beginne zu steigen. Ist dann jene „Kompromiß“stimmung zu erwarten, die nach Hilsberding heute in der chemischen Industrie herrscht?

Bei weitem nicht! Entweder hört die Überakkumulation von Kapital wegen der steigenden Löhne auf, der Arbeitspreis fällt, wie Marx sagt, „auf ein den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechendes Niveau“, die Löhne sinken, der Kampf verschärft sich. Oder aber die Akkumulation dauert an, weil die Lohnsteigerung sich nicht behindert. „In diesem Falle“, sagt Marx (Kapital I, S. 355), „ist es augenscheinlich, daß eine Verminderung der unbezahlten Arbeit die Ausdehnung der Kapitalherrschaft keineswegs beeinträchtigt. Diese gewöhnt vielmehr den Arbeiter daran, sein ganzes Heil in der Bereicherung seines Herrn zu sehen.“

Mit anderen Worten: eine Verbesserung der Lebensstellung der Arbeiterklasse kann eintreten, wenn das überschüssige Kapital neue Abnahmestellen gefunden hat und die industrielle Produktion so stark ausgedehnt worden ist, daß auch bei erhöhten Löhnen, d. h. bei einem im Verhältnis zur bezahlten Arbeit des Proletariats verminderten Anteil der unbezahlten Mehrarbeit, der Stachel des Profits nicht nachläßt. Eine Verbesserung der

Lebenshaltung der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Gesellschaft kann also als halbwegs dauerhafte Erscheinung nur dann eintreten, wenn das Kapital sein Arbeitsgebiet in bedeutendem Maße ausweitet — und das ist in der gegenwärtigen Situation des Kapitalismus nicht gerade sehr wahrscheinlich! — und dementsprechend seine Macht vergrößert.

In einer Verhärtung der Kapitalismacht vermögen wir aber nichts anderes zu sehen als die Folge eines erneuten Angriffes auf die Lebenslage des Proletariats, eines Angriffes, der erfolgreich nur abgewehrt werden kann, wenn die Arbeiterklasse sich dessen bewußt ist, daß ihr Heil nicht in der passiven Duldung einer „Bereicherung ihres Herrn“ liegt, sondern einzig und allein in der Steigerung ihrer organisierten Macht als Klasse.

Das Schicksal eines Staatskredits.

Die Verschmelzung der A. G. Wejer mit dem Hamburger Vulkan hat allem Anschein nach einen recht interessanten Hintergrund. Die großen Bankherren, die nicht müde werden, den Staat zur Sparsamkeit zu ermahnen, damit er ihnen mit seinen Geldmitteln möglichst wenig Konkurrenz bereiten kann, gehen selbst mit staatlichen Mitteln recht bedenkenlos um. Bis zur Verschmelzung mit der A. G. Wejer bestand die Firma Vulkanwerke Hamburg und Stettin A. G., die Verstanlagen außer in Hamburg auch in Stettin besaß. Diese Gesellschaft hat jetzt ihre Liquidation beschlossen. In die Verschmelzung wird aber nur der Hamburger Vulkan einbezogen, der Stettiner Vulkan bleibt selbständig und außerhalb des neugebildeten Werktruffs. Das hat seine guten Gründe. Erstens ist die Hamburger Wejer ein rentabler, die Stettiner Wejer aber ein unrentabler Betrieb. Zweitens, und das ist das Entscheidende, ist dem Stettiner Vulkan vor Jahresfrist von der Reichskreditgesellschaft und der Preussischen Staatsbank ein Kredit von 15 Millionen Mark gewährt worden, für den das Reich und Preußen die Garantie übernommen haben. Es handelt sich um einen der berühmten Subventionskredite. Er ist durch die Anlagen des Stettiner Vulkans gesichert. Der Träger des Kredits war aber nicht der Stettiner Vulkan allein, sondern die Firma, die jetzt aufgelöst ist und der sowohl die Hamburger wie die Stettiner Verstanlagen gehörten. Die Auflösung der Vulkanwerke A. G. und die Verschmelzung mit der A. G. Wejer ist auf Betreiben der Großbanken erfolgt, die in beiden Gesellschaften die führende Rolle spielen. Der Zweck der Lösung ist offensichtlich, die Bankkredite auf Kosten der Staatskredite zu sichern. Nach der Lösung des Hamburger von dem Stettiner Vulkan ist der Hamburger Betrieb nicht mehr mit den Krediten der öffentlichen Banken, sondern nur noch mit den Krediten der Privatbanken besetzt. Zur Sicherung der Privatbankkredite dient also der rentable Betrieb, während der unrentable Stettiner Betrieb und damit auch das Schicksal des Subventionskredits ihrem Schicksal überlassen werden. Die beteiligten Banken brauchen sich jetzt über die Rückzahlung des 15-Millionen-Kredits nicht mehr viel Gedanken zu machen, desto mehr aber die Reichs- und preussische Staatsregierung. Es ist freige zu fordern, daß man bald erfährt, wie sie über diesen Fall denken.

Rundfunkprogramm

Leipzig.

Freitag, den 10. Dezember. Wirtschaft. 10 Uhr: Wirtschafts- nachrichten: Woll- und Baumwollpreise; amerikanische Metallmel- dungen des Vortages. 2.45 Uhr: Baumwoll-, Landwirtsch., Berliner Del. Notiz. 3.25 Uhr: Berliner Devisen amtlich, Berliner Produktendörse amtlich. 5.15 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus bzw. Verkehrsamt. 6 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Wiederhol- ung von 2.45 und 3.25 Uhr und die laufenden Produktendörse, Berliner Butter, Berliner Metalle amtlich, Berliner Schrot. 6.20 Uhr: Fortsetzung für Baumwolle, Londoner Metalle amtlich und Landwirtsch. 7 Uhr: Geschäftliche Mitteilungen fürs Haus bzw. Verkehrsamt: Unterhaltung und Belehrung. 10.05 Uhr: Verkehrs- amt, Wetterdienst und Schnebericht. 10.20 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11.45 Uhr: Wetterdienst und -Vorausage (Deutsch und Esperanto) und Schnebericht. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Sup- pel-Phonola. 12.55 Uhr: Neuerer Zeitgeschehen. 1.15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3-4 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 3 Uhr: Prof. Dr. Amiel und Oberschulrath Westermann: Einheitssturzschritt für Fortgeschrittene. 3.35 Uhr: Ob.-Reg.-Rat Dr. Wallwich: „Leibes- übungen an den Hochschulen.“ 4.30-6 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdener Rundfunkhauskapelle. Dirigent: Gustav Agunte. 6.30 bis 7 Uhr: Vokalproben aus den Neuererscheinungen auf dem Bücher- markt. 7.15-7.45 Uhr: Neues aus der Naturwissenschaft. Priv.- Doz. Dr. Wengand: „Juder aus Holz.“ 7.45-8.15 Uhr: Dr. Heidler- Berlin: „Der Opti-Pessimist.“ 8.15 Uhr: Wettervorausage und Zeitangabe. 8.30 Uhr: Opern-Abend. Solistin: Eva Graf (Ges- sang). Leipziger Sinfonie-Orchester. Dirigent: Hilmar Weber. 10 Uhr: Pressebericht und Sportamt. 10.15 Uhr: Zunfttreff. Mit- wirkende: Margot Solowolska und Adolf Karnbach (Duetto). Alexander Schäffer (Humorist und Parodist) und das Leipziger Rundfunkorchester.

Mehr als 70 000 Familien genießen nur das gute Konsumbrot!

Konsumverein

Leipzig-Plagwitz u. Ump.
Eingetragene Genossenschaft m. b. H.

Mitglieder!

Deckt euren

Brennstoff-Bedarf

zu niedrigsten Abgabepreisen in eurer Genossenschaft!

Frei Haus und ab Lager:

Leipzig-Plagwitz, Zahnstraße 91
Leipzig-Mockau, Bahnstraße 2



Bestellungen

nehmen alle Kolonialwaren-Verteilungstellen entgegen

*Diese milde und besonders gute
Eigarette überragt weit den Durch-
schnitt aller Sorten ihrer Preislage.
Ihre Qualität ist besser wie ihr
Preis.*

Man merke sich den Namen!



CASANOVA

Gipsy

4

mit neuesten Sportbildern.

CASANOVA CIGARETTENFABRIK
LIEFERANT DER KÖNIGL. ITALIENISCHEN TABAK-REGIE

Markthallenstr. 6

Schon für 95 Pfg., Mk. 1.00 und Mk. 1.10 per Pfund kaufen Sie diese Woche bei uns, wie es kommt

frisches Schweinefleisch

schmer und Fettes zum Ausnahmepreis, Pfd. 1.10

Pökelrücken und Pökelkulo . . . Pfd. 1.25 | Schweinefleisch, Pfd. 50 | Schweinefleisch, Pfd. 1.00

Geräuch. Speck diese Woche nochmals, Pfd. 1.20

Frisches Kalbfleisch

Kehlen und Nieren | Pfefferfleisch | Kamm und Brust
Pfund 1.20 | Pfund 95 | Pfund 1.10

Frisches Hammelfleisch
zu außerordentlich niedrigen Preisen

Unsere Spezial-Wurst- und Fleischwaren zu bekannt billigen Preisen
Für Weihnachten besondere Überraschungen

Wir bitten Freitags und Sonnabends möglichst schon bis 9 Uhr vormittags einkaufen zu wollen
An beiden Sonntagen vor Weihnachten ist unser Geschäft von 12 - 6 Uhr geöffnet

Groß- | flo scherei | **Richter & Fischer** | Wurst- | fabriek

Saison-Schluß-Preise

Filzhüte 4.75 3.75 **1.95**

Samthüte 5.75 4.75 **2.75**

Seidenhüte 6.75 4.75 **2.95**

So billig war's nie!

Haus der Hüte

G. m. b. H. — im Grundstück
Wilhelm Basch
Grimmaisch. Steinweg 15 **Brühl 6** Windmühlenstraße 24

Die Frauenwelt

Die Frauenwelt ist eine unentbehrliche Leserin und Beraterin jeder Arbeiterfrau, d. Frauen des Ansehens- u. mittleren Beamtenstandes, Arbeiterinnen u. jungen Mädchen, die sich mit Frauenwelt bekannt gemacht die ihren hohen praktischen u. idealen Wert für sich erkannt hab., wollen sie nicht mehr in ihrem Hause mühen und sich an dem großen trauen Volkes freile, der von Gott zu Heft um viele Hunderte wächst.

Die Frauenwelt erscheint 14 Mal im Jahre. Jedes Heft enthält die wertvolle Lebensschau. Selbst ist die Frau ein Lebensmittelpunkt enthält außerdem eine vielseitige, reich illustrierte, Sonderbeilage **Hilfsdienst**. Jedes Heft mit Schnittmusterbogen 40 Blätter.

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei H. G.
Taubacher Str. 10/11
Vbl. Buchhandlung

Total-Ausverkauf

wegen Geschäftsaufgabe. — Nur kurze Zeit.

Möbelstoffe
Gardinen
Teppiche

Vorteilhafte Reste aller Art

Mittags von 1-3 Uhr geschlossen

Adolf Müller

Kein Laden **Petersstraße 11** Fahrstuhl

Karl Ewalds

Ausgewählte Märchen

Band I und II
Preis 7,00 Mark

Der Klassiker des naturwissenschaftlichen Märchens ist in neuer Auflage in unserem Verlage erschienen. Ausstattung: Holzfrees Papier, illustr., in Ganzl. gebunden. Da jeder Band für sich abgeschlossen ist, kann auch jeder Teil einzeln, à 3,50 Mark, gekauft werden.

+
Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen

Leipziger Buchdruckerei AG.
Abteilung Buchhandlung, Taubacher Str. 19/21



Pelze

zu jedem annehmbaren Preise, 3 B. Saal al. Schal 26.-, echte Wölfe 55.-, imitierte Wölfe 22.-, echte Füchse u. Schakale . . . 22.-, Pelzjacken . . . 70.-, Pelzteppiche . . . 5.-

Teilabteilung
C. F. Fischer
Salmstr. 21
im Durchgang.

Die Leipziger Volkszeitung für kleine Anzeigen ein günstiges Inserations-Organ

Seefische
aller Art
zu billigen Preisen



Dr. Heringe, Weißfische, Elbkarpfen
Hamburger Fischhalle
St. Obermannstr. 2,
Sonntag v. 12-3 Uhr geöffnet.

99 000 Tafeln Lebkuchen gratis

nicht, aber ein großes Postpaket mit 100 Taf. oder deren Inhalt Echte Nürnberger Lebkuchen, darunter ff. Schokoladen- und Eilien-Lebkuchen, zum spottbilligen Ausnahmepreis von nur RM. 5.90 (Nachnahme, Porto extra). 1 großes Luxuspaket mit den allerfeinsten Sachen nur RM. 9.50 (Spottbillig)

E. D. Schmidt, Nürnberg 39, Ballenstraße 8

Täglich Verkauf von **Bruchschokolade**

Heute: **Sahne** 1/2 Pfd. 38 Pfg.
Martin Pirsch
Schokoladen-Fabrik
Windmühlenstraße 46.

Familien-Nachrichten

Für die Beweise liebevoller Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Herrn

Valentin Willim

spreche ich hierdurch allen meinen herzlichsten Dank aus.

Quasny, den 9. Dezember 1926.
Frau Berta Willim.

Am 8. Dezember verschied im Krankenhaus St Jakob nach Unglücksfall und längerem Leiden, im 75. Lebensjahre, unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, der Maschinist

August Ludwig

Leipzig S. 3.

In aufrichtiger Trauer
Otto Ludwig nebst Hinterbliebenen

Die Trauerfeier und Einäscherung findet am Sonntag, vormittags 1/2 11 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Blumenspenden dankend abgelehnt.

Dank. Für die wohlthuenden Beweise inniger Teilnahme bei dem Heimzuge meines unvergesslichen Mannes, unseres lieben guten Vaters, des Holzerers

Johann Knurr

ist es unseren Herzen ein Bedürfnis, allen Freunden, Verwandten, Bekannten und Kameraden unseren innigsten Dank auszusprechen. Dank vor allem dem Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ für sein leztes Geleit. Vielen Dank den Kameraden Schäfer und Bendin für ihre trostreichen Worte am Sarge meines lieben Mannes. Dir aber, unvergesslicher Entschlafener, rufen wir ein leztes Gode Dank zu.

Leipzig, den 9. Dezember 1926.
In tiefstem Schmerze
Luise verw. Knurr geb. Ochlich
nebst Söhnen.

Nachdem wir meinen lieben Mann, unseren herzensguten Vater, Groß- und Schwiegervater, Onkel und Bruder, den Töpfer

August Krämer

zur letzten Ruhe gebettet haben, zeigen wir sein Ableben allen Freunden und Bekannten erst jetzt an.

Gleichzeitig danken wir für den reichen Blumenschmuck und allen denen, die uns in unserem großen Schmerz Teilnahme und Beistand geleistet haben. Vielen Dank seinen lieben Kollegen für die letzte Ehre.

L.-Schleußig, Könnertstraße 15, H. ptr.
Minna verw. Krämer nebst Kindern.

Am 8. Dezember verschied nach kurzem schwerem Krankenlager im Alter von 58 Jahren meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau

Marie Bauer

Lindenu, Lützner Straße 73

In tiefem Weh
Albert Bauer nebst Angehörigen

Die Einäscherung findet Sonntag, vormittags 1/2 11 Uhr, in der Kapelle des Südfriedhofes statt. Blumenspenden werden dankend abgelehnt.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Sarge meiner lieben Frau

Minna Friedrich

sage ich allen Verwandten und Bekannten meinen herzlichsten Dank für die innige Teilnahme. Besonders Dank den Herren Beamten und Kollegen des Grundstücks- und Vermessungsamtes für ihre Aufrichtigkeit sowie auch dem Genossen Theo Mayer für die trostreichen Worte am Sarge.

Leipzig-Schleußig, Brockhausstr. 24; pt. r.
Ernst Friedrich.



Konsum-Verein

L.-Plagwitz u. Umg. E. G. m. b. H. Großfleischerei



Hammelfleisch Kamm und Bauch Pfund 1.00 | **Kalbfleisch** billiger! Pfund 1.20
Rücken und Keule Pfund 1.10 | Kalbsschnitzel Pfund 1.80

Knoblauchwurst Pfund 1.50 / **Bockwurst** Paar 40 Pfg. / **Wiener Würstchen** Paar 20 Pfg. / **Regensburger** Paar 40 Pfg.
Fleischsalat 1/2 Pfund 35 Pfg. / **Fleischsalat in 1-Pfund-Dosen** 1.60 einschließlich Dose

Für den Weihnachtstisch

unsere sehr hübsch ausgestatteten **Geschenkkörbe** enthaltend delikate Fleisch- und Wurstwaren.

Kleiner Korb 6.50 — Bestellungen bitten wir rechtzeitig aufzugeben! — **Großer Korb 11.00**

Warenabgabe nur an Mitglieder. — Mitgliederaufnahme in allen Verteilungsstellen.

Konkurs-Verkauf Grimmaischer Steinweg 8 I. Etage

Die zum Konkurs Elfe verchel. Hofmann gehörigen Warenbestände, bestehend aus Textil- und Wollwaren aller Art, als: Damen- und Herren-Unter- beinkleider, Hemden, Kinderunter- zeug, Strümpfen, Oberhemden, Regen, Schals, Handtücher, Kinderstrümpfe, Wäsche und vieles andere gelangen täglich von 8-7 Uhr zum Verkauf. Der Konkursverwalter: Otto Steinmüller

Konkurs-Verkauf Grimmaischer Steinweg 8, I.

Die zum Konkurs Max Frau gehörigen Warenbestände, bestehend aus Herren- und Damen-Bekleidung, als:
Häute . . . von 1 Mt. an
Kleider . . von 2 Mt. an
Kostüme . . von 8 Mt. an
Auszüge . . von 20 Mt. an
Paletots . . von 25 Mt. an
Mäntel . . von 8 Mt. an
auch an höheren Preisen
in neuen Qualitäten
gelangen täglich von 8 bis 7 Uhr zum Verkauf.
Der Konkursverwalter: Hermann Bohmann, beeidigter Bücherrevisor.

Für das Weihnachtsfest!

Meine Butter stammt aus anerkannt besten, besonders ausgesuchten Molkereien, prüfen Sie selbst und fordern Sie ausdrücklich **nur**



Beachten Sie die Buchstaben P. O., **sie ist doch die Beste!** Empfehle auch meine vorzügliche **Schmelz- und Backbutter**

Erste Holstein. Buttergroßhandlung Peter Oginczus
Telephon 13879 Leipzig, Gustav-Adolf-Straße 57 Telephon 13879



3 Preise für echte Fett-Schotten

1. 10 Stück	50
1 Rolle Kapern	75
2. 10 Stück	1
1 Rolle Kapern	45
3. 10 Stück	25
1 Rolle Kapern	
1/2 Orig.-Tonne 950/1000 St.	
1/2 Orig.-Tonne 450/500 Stück	

Versand an unbekannte Firmen unter Nachn. franco Bahnhof Leipzig

Paul Baumann
Fischwaren-Großhandlung
Leipzig, Windmühlenstraße 42.

Wir drucken alles
LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A.-G.
LEIPZIG 61 • RUF 72206

Wenn Sie **Möbel** kaufen wollen

besichtigen Sie unsere neu hergerichteten Ausstellungs-räume. Sie finden gediegene, preiswerte und geschmackvolle Modelle zu unseren bekannten günstigen Zahlungsbedingungen

Gemeinnützige Deutsche Hausrat-Gesellschaft m. b. H.
Leipzig, Querstraße 21-23 — Telephon 13552
Lieferung frei Haus!

Inferate
für die fällige Nummer bestimmt erbit- ten bis spät 9 Uhr vormittags am Erleidungstag

Dr. Herrmann
Leipzig-Stötteritz, Wasserturmstraße 2.
Zu allen Kassen zugelassen.
Sprechstunden: Wochentags 8-10 Uhr vorm., 3-4 1/2 Uhr nachm

Tapeten
jetzt teilweise 50 Proz. herabgesetzt

Wachstuche
jetzt von 1.60 Mk. an

Linoleum
Teppiche Läufer
9.- Mk. an 2.- Mk. an
Riesenauswahl.

Bernh. Nestler, Eisenbahnstr. 99
an der Ellenbothenstraße.

Vornehme **Pelzsachen**
eigener Herstellungs

Damen- und Herren-Kleidung

alle Textil- u. Wollwaren

komplette Wohnungs-Einrichtungen, sowie Einzelmöbel aller Art

gute preisw. Bilder zur Ausschmückung der Wohnung sowie Uhren liefert

Waren-Kredit-Haus
Gebr. Krauthammer
Leipzig
jetzt **Katharinenstr. 13, I.**
Sonntags geöffnet
Bequeme Teilzahlung.

Zur Festbäckerei!

Weizenmehl	26	Margarine	54
Sternmarke, bei 5 Pfund		bei 5 Pfund	
Kaiserauszug	30	Schmelzmargarine	80
bei 5 Pfund		bei 1,00, 90	
Korinthen	58	Schmelzbutter	2.20
		bei 2,00	
Sulfaninen	85	Kokosfett	65
nur neue Ware		in 1-Pfund-Tafeln	
Mandeln	2.00	Die stadtbekannte	
süß		Pfirsich-Margarine	1.00
Mandeln	2.30	ersetzt gute	
bitter		Butter	1.
Zitronat	1.80		

Alles beste Qualitäten!

Spezialität:
Sehr feine Tafelbutter Stück von 95
Teebutter F. E. K. Stück 1.15

Die **Vorm. F. E. Krüger-Geschäfte**

Süden Connew, Pegauer Str. 11 Zentrum Hainstraße 26 Zeltzer Straße 40 Norden Gohlis, Hallische Str. 79 Eutr., Wilhelmstr. 8	Osten Anger-Crottend, Unger- straße 2 Neustadt, Eisenbahn- straße 51 Reuda, Dresdner Str. 47 Thonberg, Reitzenhauer Straße 6	Westen Leutzsch, Gundorfer Straße 67 Lindenau, Markt 14 Plagwitz, Zschechereche Straße 36 Kl.-Zschecher, Dieskau- straße 25
---	--	---

Erlebnisse des Herrn v. Schick

② Einfach fabelhaft

siehst Du in dem Ulster aus: kann mir schon denken, hast ihn bei Deinem Holielieferanten. bei „D. J.“ gekauft. Wie? Was kostet er? 58.- Mk. nur? Mann, Du bist der perlektteste Kavalier von Leipzig und der beste Kleiderlieferant ist

David Jandson
Leipzig
Zeitzer Str. 9 Ecke Schletterstr.